

Willkommen bei der Erdbeerernte!
Ihr Mindestlohn beträgt ...

Gewerkschaftliche Organisation
in der migrantischen Landarbeit –
ein internationaler Vergleich

Hg.innen: Sezoni-Kampagne für die Rechte von Erntehelfer_innen
in Österreich & Europäisches BürgerInnenforum

Inhalt

4

ES IST NOCH VIEL ZU TUN!

Grußwort von **Susi Haslinger** und **René Schindler**,
Produktionsgewerkschaft (Österreich)

6

WIE WIR SOLIDARISCH HANDLUNGSFÄHIG WERDEN

Aktivitäten, Ziele und Stolpersteine in der **Sezonier-**
Kampagne – aus **Aktivist_innen**-Sicht

13

WIR PROTESTIEREN!

Interview mit **Sorin Opreşiu**, Mitinitiator des
selbstorganisierten Arbeitskampfes von 70 Erntehelfer_innen
in Tirol

20

»BEGONNEN HAT ALLES, WEIL WIR EINE ARBEITSBESTÄTIGUNG WOLLTEN ...«

Interview mit **Violeta Popa**, ehemalige Erntearbeiterin
in Niederösterreich, über ihr Gerichtsverfahren

26

»LANDWIRTSCHAFT IST EINER DER SEKTOREN, WO AM MEISTEN AUSGEBEUTET WIRD«

Interview mit **Susi Haslinger** und **Lilla Hajdu**,
Produktionsgewerkschaft (Österreich)

35

»BEVOR WIR KLAGEN, VERSUCHEN WIR ES MIT KOMMUNIKATION«

Interview mit **Sara El Guoual**,
Landarbeiter_innengewerkschaft SOC-SAT (Spanien)

41

UNTERBEZAHLTE LOHNARBEIT AM IDYLLISCHEN BAUERNHOF

Interview mit **Philippe Sauvin**, l'autre syndicat (Schweiz)

..2..

48 **VON DER SPARGELERNTEN UND AUSSTEHENDEN LÖHNEN**
Interview mit **Vladimir Bogoeski** vom Projekt »Faire Mobilität« zur Initiative »Faire Landarbeit« (Deutschland)

55 **»LA VOSTRA LOTTA È LA NOSTRA LOTTA« – EUER KAMPF IST UNSER KAMPF**
Interview mit **Lamin Camara, Irene Peano** und **Walter Iannuzzi**, Campagne in Lotta (Italien)

62 **KEINE MACHT OHNE ORGANISIERUNG**
Interview mit **Gerry McCormack**, Services Industrial Professional and Technical Union (Irland)

69 **RAUS AUS DEN BÜROS! MIT MEHRSPRACHIGER BERATUNG**
Interview mit **Bertold Dallos**, Österreichischer Gewerkschaftsbund Burgenland, Projekt »Mehrsprachige Beratungsstelle im Grenzraum«

76 **»ICH DACHTE, DREI EURO IN DER STUNDE WÄR' NORMAL«**
Interview mit **Andrei** und **Bogdan Oancea**, ehemalige Erntehelfer in Tirol, aktiv in der Sezonieri-Kampagne

83 **ARBEITEN OHNE PAPIERE ... ABER NICHT OHNE RECHTE!**
Undokumentierte Arbeit hat System.
UNDOK kämpft dagegen an. Von **Sandra Stern**

89 **FÜR EINE RADIKALE DEMOKRATISIERUNG DES AGRAR- UND LEBENSMITTELSYSTEMS**
Ernährungssouveränität ohne gute Arbeitsbedingungen? Unmöglich. Von **Brigitte Reisenberger**

Es ist noch viel zu tun!

Grußwort der Produktionsgewerkschaft (PRO-GE)

In Österreich greifen wir sehr gerne zu heimischem Obst und Gemüse: Die Qualität stimmt, die Wege sind kurz. Doch selten stellen wir uns die Frage, wer denn dafür Sorge trägt, dass unser Gemüse frisch und billig auf den Teller kommt. Unersetzlich sind hier die vielen tausend Erntehelfer_in-

Die Saisonarbeit in der Landwirtschaft ist für uns als Gewerkschaft eine völlig neue Herausforderung

nen, die Spargel stechen, Kraut schneiden und Erdbeeren pflücken. In den vergangenen Jahren erreichten die PRO-GE jedoch immer wieder Berichte über miserable Arbeitsumstände der Erntehelfer_innen: unfassbar lange Arbeitszeiten, Bezahlung weit unter Kolle-

tivvertrag und pferchähnliche Quartiere.

Schnell war klar: Saisonarbeiter_innen in der Landwirtschaft sind eine der am häufigsten ausgebeuteten Gruppen von Arbeitnehmer_innen in Österreich. Der Großteil von ihnen kommt aus dem Ausland, die Skepsis gegenüber Institutionen – auch solchen wie der Gewerkschaft – ist groß, ihre Verweildauer in Österreich nur kurz und das Wissen über die eigenen Rechte quasi nicht vorhanden. Als Produktionsgewerkschaft lag für uns auf der Hand, dass hier Handlungsbedarf gegeben ist – und dass uns diese Ausgangssituation vor völlig neue Herausforderungen stellt, die wir weder mit unseren herkömmlichen Instrumentarien, noch alleine bewältigen können.

Gemeinsam mit NGOs und Aktivist_innen haben wir daher 2014 die Kampagne zur Unterstützung der Erntehel-

fer_innen in Österreich und Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen – mittlerweile bekannt unter dem Namen »Sezonieri« – ins Leben gerufen. Kostenlos und anonym bieten wir arbeitsrechtliche Infos in der jeweiligen Muttersprache: über Plakate, Folder, die direkt am Feld verteilt werden, eine Website (sezonieri.at) und Info-Hotlines. Im Mai 2016 hatten wir die Gelegenheit, bei der Tagung »Willkommen bei der Erdbeerernte! Ihr Mindestlohn beträgt...« unsere Erfahrungen auch international auszutauschen und voneinander zu lernen.

Die vorliegende Broschüre versucht, einen Einblick in die Welt der migrantischen Erntehelfer_innen, die Herausforderungen für uns als Gewerkschaft und die Aktivist_innen sowie mögliche Lösungsstrategien zu geben. Die geschilderten ersten Erfolge geben Mut: Denn es ist noch viel zu tun!

Glück Auf!

René Schindler,
Bundessekretär Recht und
Soziales der PRO-GE

Susi Haslinger,
Rechtsschutzsekretärin
in der PRO-GE, Schwerpunkt
Sozialpolitik

Wie wir solidarisch handlungsfähig werden

Herbst 2013: Im Oktober legen rund 70 Erntearbeiter_innen aus Rumänien und Serbien bei einem Tiroler Gemüsebauern ihre Arbeit nieder. Durch öffentlichkeitswirksamen Protest machen sie auf ihre untragbaren Arbeitsbedingungen aufmerksam. Kurz davor, im August, wenden sich rumänische und ungarische Landarbeiter_innen im Südburgenland an die zuständige Produktionsgewerkschaft PRO-GE, um sich gegen ihre Ausbeutung zu wehren. Im Jahr darauf fällt der Startschuss für die **Sezonieri-Kampagne für die Rechte von Erntehelfer_innen in Österreich: »Sezonieri« heißt auf Rumänisch »Saisonarbeiter_in«. Was will die Sezonieri-Kampagne? Warum ist sie notwendig geworden? Und welches Zwischensümee können wir nach drei Jahren ziehen? Ein Vorwort zu Aktivitäten, Zielen und Stolpersteinen in der Kampagne – aus **Aktivist_innen-Sicht****

Die eingangs genannten Beispiele zur Rechtedurchsetzung von Landarbeiter_innen führen vor Augen, was offenbar in weiten Teilen der Branche gängige Praxis ist: Dumping-Löhne weit unter Kollektivvertragsniveau, Nichtabgeltung von Sonderzulagen für Überstunden, Nacht- oder Sonntagsarbeit, Überschreitung gesetzlicher Höchstarbeitszeiten, Unterbringung in unzulänglichen Quartie-

ren und mitunter auch Zwangssituationen, die den Verdacht auf Menschenhandel nahelegen. Und das alles passiert ganz in unserer Nähe – in der Produktion vom vielgerühmten »heimischen« Gemüse. Zugleich sorgen die beiden Fälle insofern für Erstaunen, als hier eine soziale Gruppe für ihre Rechte eintritt, der gemeinhin kaum Konflikt- und Organisationsfähigkeit zugestanden

wird. Schließlich handelt es sich bei Erntehilfe und Saisonarbeit um besonders prekäre Formen migrantischer Lohnarbeit. Und nicht zuletzt machen die zwei Beispiele deutlich, dass die Durchsetzung von Rechten selbst unter solch widrigen Voraussetzungen möglich ist: Im Burgenland wurden für die von der PRO-GE vertretenen Kolleg_innen Vergleiche über mehrere tausend Euro pro Person abgeschlossen. Und auch in Tirol einigten sich die von der Arbeiterkammer rechtlich vertretenen Erntehelfer_innen im Dezember 2013 außergerichtlich mit dem Landwirt auf Nachzahlungen von insgesamt rund 110.000 Euro.

Erntehilfe, Saisonarbeit und der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt

Bei den rechtlichen Konstrukten »Erntehilfe« und »Saisonarbeit« (offizieller Titel: »befristet zugelassene ausländische Arbeitskräfte«) haben wir es mit befristeten Arbeitsverhältnissen ohne längerfristige Erwerbsperspektive zu tun. Sowohl für Erntehelfer_innen als auch für Saisonarbeiter_innen ohne EU-Pass sind Beschäftigungs-

bewilligungen erforderlich und Höchstzahlen (Kontingente) pro Bundesland festgelegt. Mittlerweile sind Beschäftigte in der Landarbeit jedoch vorwiegend (temporäre) Migrant_innen

Mit den Erntehelfer_innen tritt eine soziale Gruppe für ihre Rechte ein, der kaum Fähigkeit zur Organisation zugestanden wird

und Pendler_innen aus den sogenannten Neuen Mitgliedsstaaten der EU aus Ost- und Südosteuropa, die – derzeit noch mit Ausnahme von kroatischen Staatsbürger_innen – nun über einen freien Arbeitsmarktzugang verfügen. Die Land- und Forstwirtschaft markiert dabei während der arbeitsintensiven Zeit die Branche mit dem höchsten Anteil von Migrant_innen unter den lohnabhängig Beschäftigten in Österreich. Offiziellen Zahlen zufolge waren Ende

Juni 2015 von den 29.697 in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten 17.287 Menschen – also fast 60 Prozent – ohne österreichische Staatsbürger_innenschaft.

Komplex stellt sich außerdem die Vielfalt an Kollektivverträgen dar. Je nach Bundesland und je nach Betriebsart (bäuerliche Betriebe, Gärtnereibetriebe,

»Fair Trade« muss auch für den steirischen Apfel, das Tiroler Ra- dieschen und den Blaufränkischen aus dem Burgen- land gelten

Weinbaubetriebe etc.) kommen unterschiedliche Kollektivverträge zur Anwendung. Gemeinsam haben sie alle: Der – rechtlich verbindliche, aber in der Praxis vielfach deutlich unterschrittene – Mindestlohn ist niedrig und liegt für einfach qualifizierte landwirtschaftliche Arbeit gerade einmal zwischen

etwa 6,70 und 7,30 Euro brutto, also vor Abzug für Sozialversicherung und allenfalls Steuern.

Agrarpolitik und Arbeitskämpfe zusammendenken

Nicht nur in Österreich ist die landwirtschaftliche Produktion durch einen »Teufelskreis« gekennzeichnet: Der Preisdruck durch den Großhandel setzt die landwirtschaftlichen Betriebe zunehmend unter Druck, Nahrungsmittel immer billiger zu produzieren. Nur wenige, kleine Interessenvertretungen begehren dagegen auf. Die europäische und die nationale Agrarpolitik fördern in erster Linie Flächenwachstum, und die desaströse Preispolitik für landwirtschaftliche Produkte führt zur systematischen Überausbeutung der Arbeitskraft – sei es die der Familienangehörigen oder die der unselbstständig Erwerbstätigen. Während Großbetriebe dieserart ihre Profite maximieren, können kleinere nicht einmal mehr ausreichend für die eigene Existenz erwirtschaften.

Auch »bio« und »regional« sichern keine fairen Produktionsverhältnisse. »Fairer Handel« ist im Kontext von Überseeprodukten ein etablierter Begriff;

20. & 21. MAI 2016: FORUM ZU
GEWERKSCHAFTEN, (MIGRANTISCHER)
LANDARBEIT UND ORGANISIERUNG.
EIN INTERNATIONALER VERGLEICH



**Willkommen bei der
Erdbeerernte!**

Ihr Mindestlohn beträgt ...



DISKUSSIONSVERANSTALTUNG:
FREITAG, 20. MAI, 18:00 UHR
IM BILDUNGSZENTRUM DER AK WIEN
THERESIANUMGASSE 16-18, 1040 WIEN

WORKSHOPTAG:
SAMSTAG, 21. MAI, 9:30-17:30 UHR
IM ÖGB-CATAMARAN
JOHANN-BOHM-PLATZ 1, 1020 WIEN

WWW.SEZONIERI.AT
WWW.FACEROOK.COM/SEZONIERI

MIT

IRENE PEANO, WALTER IANNUZZI,
LAMIN CAMARA
CAMPAGNE IN LOTTA (ITALIEN)

PHILIPPE SAUVIN
L'AUTRE SYNDICAT (SCHWEIZ)

VLADIMIR BOGOESKI
BERATUNGSSTELLE FAIRE MOBILITÄT
(DEUTSCHLAND)

GERRY McCORMACK
SERVICES INDUSTRIAL PROFESSIONAL
AND TECHNICAL UNION (IRLAND)

SUSANNE HASLINGER

AUS ORGANISATORISCHEN GRÜNDEN
ERSUCHEN WIR UM ANMELDUNG BIS
15. MAI UNTER: SEZONIERI@GMX.AT

AM WORKSHOPTAG (21. MAI) WIRD KIN-
DERBETREUUNG ANGEBOten. BITTE
BEDARF BEI DER ANMELDUNG VERMER-
KEN.

DIE TEILNAHME AN DEN VERANSTAL-
TUNGEN IST KOSTENLOS. FÜR DAS
LEIBLICHE WOHL IST GESORGT VOR
ALLEM DER WORKSHOPTAG SOLL
ALLEN INTERESSIERTEN DAS MITMA-
CHEN BEI DER SEZONIERI-KAMPAGNE
ERMÖGLICHEN.

**»WILLKOMMEN BEI DER ERDBEERERNTE!« WIEN (ÖSTERREICH),
20./21. 5. 2016: Wieso finden sich im Sektor Landwirtschaft nach wie
vor so viele Beispiele von Überausbeutung? Was macht eine Gewerkschaft
für Landarbeiter_innen interessant? Und wie lässt sich gleichzeitig für
Arbeits- und Aufenthaltsrechte kämpfen? Aktivist_innen, Landarbei-
ter_innen, Basisgewerkschaften und große Fachgewerkschaften kamen
im Mai auf Einladung der Sezonieri-Kampagne in Wien zusammen, um
Strategien auszutauschen. Foto: Karl-Friedrich Brenning**

wenn es um den steirischen Apfel, das Tiroler Radieschen oder den Blaufränkischen aus dem Burgenland geht, fehlt jede Diskussion darüber.

Mit der Sezonieri-Kampagne wollen wir arbeitsrechtliche und antirassistische Debatten in agrarpolitische Kontexte einbringen und umgekehrt landwirtschaftliche Fragen in die Gewerkschaftsarbeit.

Sezonieri-Kampagne – Aktivitäten und Ziele

Die Sezonieri-Kampagne ist eine gemeinsame Initiative unterschiedlicher Akteur_innen aus gewerkschaftlichen, migrations- und agrarpolitischen Zusammenhängen – einige von uns haben bereits zuvor in der Zusammenarbeit bei UNDOK, dem Verband zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender, gemeinsam Erfahrungen auf einem ähnlichen Terrain gesammelt. Zentrales Anliegen ist es, über bestehende Rechte zu informieren, die sich aus kollektivvertraglichen, arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen ergeben, sowie bei der Durchsetzung dieser Rechte auf individueller wie kollektiver Ebene behilflich zu sein. Die Se-

zonieri-Kampagne zielt außerdem darauf ab, Arbeitskämpfe zu unterstützen und Selbstorganisationsprozesse zu fördern. Und zum Dritten geht es darum, die Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten in der Agrarbranche nicht nur punktuell, sondern generell und nachhaltig zu verbessern. Wir arbeiten mit mehrsprachigem Informationsmaterial, Info-telefonen, direkter Kontaktaufnahme zu den Arbeiter_innen auf den Feldern, großen Plakatewänden in den Grenzregionen, Rechtsberatung und -begleitung sowie Medienarbeit. Die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschafter_innen, NGO-Mitarbeiter_innen und Aktivist_innen ist dabei zentral. Ist das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Arbeits- und Organisationskulturen auch herausfordernd für alle Seiten, so tragen die sehr unterschiedlichen Kompetenzen doch maßgeblich zu den Erfolgen der Kampagne bei. Als Aktivist_innen, die aus verschiedenen sozialen und antirassistischen Kämpfen kommen, ist die Sezonieri-Kampagne für uns eine konkrete Praxis, um prekären Verhältnissen entgegenzutreten und gemeinsam mit

anderen solidarisch handlungsfähig zu werden.

Sezonieri-Kampagne – Erfolge und Herausforderungen

Eineinhalb Jahre nachdem die 70 Erntearbeiter_innen in Tirol ihre Arbeit niedergelegt hatten, besuchten wir einige von ihnen im Bezirk Sibiu, Rumänien. Wir wollten mit zeitlichem Abstand noch einmal dokumentieren, wie sie für ihre Rechte gekämpft hatten, und erfahren, welche Schlüsse sie rückblickend daraus ziehen. Wir wurden von allen herzlich empfangen; die Reflexion über den Arbeitskampf fiel sehr unterschiedlich aus: Die einen sahen aufgrund des kämpferischen Rufs, der ihnen nun vorseilte, keine Möglichkeit mehr, in Österreich Arbeit in der Landwirtschaft zu finden; das ökonomische Auskommen ohne die Arbeit im Ausland war für sie sehr schwierig. Andere waren froh, mit der Saisonarbeit abgeschlossen zu haben, sie empfanden es als die bessere Entscheidung, zu Hause und damit bei ihren Kindern zu sein. Manche würden jederzeit weiterempfehlen, für Lohn und soziale Rechte aufzustehen; andere würden davon abraten,

es sei ein zu großer Aufwand und das Ergebnis nicht befriedigend. Mit Sorin Opreșiu, der maßgeblich an dem Protest beteiligt war, konnten wir für diese Broschüre ein längeres Gespräch

Wie funktioniert kontinuierliche Organisierung in einem Feld, in dem die Arbeiter_innen ständig in Bewegung sind?

führen (Seite 13). Zwei ehemalige Erntehelfer (Seite 76), die – auch in Tirol – in einem anderen Fall für ihre Rechte vor Gericht gezogen sind, arbeiten heute in der Sezonieri-Kampagne mit. Die PRO-GE konnte im Laufe der Kampagne immer wieder vorenthaltene Lohnansprüche für Erntearbeiter_innen erstreiten (über ihren aktuellen Fall erzählt eine Erntehelferin auf Seite 20). Zum Teil können aber auch indirekt Verbesserungen erreicht werden – sei es, weil

die individuelle Verhandlungsposition der Erntehelfer_innen durch Rechtsinfos gestärkt wird; sei es, weil die Arbeitgeber_innen aufgrund des öffentlichen Drucks von sich aus einlenken. Landarbeiter_innen nutzen das durch die Kampagne vermittelte Wissen über Mindestlöhne, Höchstarbeitszeiten usw., um punktuelle Verbesserungen durchzusetzen. Aber auch die Herausforderungen bleiben bestehen: Immer wieder stolpern wir über unsere fehlenden Sprachkompetenzen; wir stehen vor der Schwierigkeit, kontinuierliche Organisation und Vertrauensaufbau in einem Feld zu erreichen, in dem die Arbeiter_innen ständig in Bewegung sind; wir finden bisher zu wenige Anhaltspunkte, die uns systematisch Druck auf die Arbeitgeber_innen- seite aufbauen lassen, um jenseits erfolgreicher Einzelfallarbeits auch langfristige Veränderungen der Verhältnisse zu erwirken. Und schließlich bleibt auch das Ziel, gewerkschaftliche (Selbst-)Organisierungsprozesse zu unterstützen oder in Gang zu setzen und die dafür nötigen sozialen Räume zu kreieren, vorerst unerreicht auf der Kampagnen-Agenda.

Willkommen bei der Erdbeerernte ...

Ende Mai 2016 haben wir vor diesem Hintergrund unter dem Titel »Willkommen bei der Erdbeerernte! Ihr Mindestlohn beträgt ... « zu einem Forum zu Gewerkschaften, (migrantischer) Landarbeit und Organisation in Wien eingeladen. Zwei Tage lang teilten Kolleg_innen aus gewerkschaftlichen, aktivistischen und landarbeiterrischen Kontexten in Deutschland, Irland, Italien, Österreich und der Schweiz ihre Erfahrungen und diskutierten über (basis-)gewerkschaftliche Arbeit in der Landwirtschaft. Nicht zuletzt um Stolpersteine und Strategien miteinander vergleichen und von internationalen Beispielen guter Praxis lernen zu können, möchten wir dieses Wissen, erweitert um eine Reihe von zusätzlichen Beiträgen, in der vorliegenden Broschüre festhalten und weitergeben.

Lisa Bolyos, Cordula Fötsch, Markus Griesser, Iris Hanebeck, Karin Jović, Traude Kotek, Daniela Koweindl, Sónia Melo

Wir protestieren!

Mit den Worten »Wir protestieren« – in Neongrün auf ein Transparent gemalt – forderten rund 70 Erntehelfer_innen am 1. Oktober 2013 vor dem Gelände des größten Gemüsebauern Tirols ausstehende Lohnzahlungen. Der 40-jährige aus Rumänien stammende Sorin Oprișiu hat nicht nur das Transparent gemalt, er war auch einer von vier Initiator_innen dieses zentralen Arbeitskampfes von Erntehelfer_innen in Österreich. **Sorin Oprișiu im Gespräch mit Sónia Melo**

Wenn du auf euren Protest am Schotthof, dem Betrieb von Josef Norz in Thaur, zurückblickst, welche Erinnerungen weckt das bei dir?

Wenn alle zusammengehalten hätten, dann hätten wir viel erreicht. Am ersten Tag des Protests war es auch so, aber dann verhandelte jede_r mit dem Chef in eigener Sache. Das ist nicht gut. Das einzig Gute daran ist, dass es hoffentlich den Leuten, die jetzt dort arbeiten, besser geht. Sie haben – vielleicht – gewonnen, wir aber nicht.

Du sagst, es haben nicht alle zusammengehalten. Immerhin haben aber 70 von den 120 Arbeiter_innen am Schotthof die Arbeit nieder-

gelegt, eine Gruppendynamik war also vorhanden ...

Nach der Arbeitsniederlegung hat der Chef Taktiken benutzt, um das Kollektive zu schwächen, indem er heimlich, zum Beispiel nachts um 3 Uhr, die Leute einzeln ins Büro geholt und ihnen Geld angeboten hat, damit sie mit dem Protest aufhören und schnell nach Hause fahren.

Wie kam der gemeinsame Protest zustande?

Es war nicht allein meine Idee, obwohl viele, auch der Chef, das behauptet haben. Denn alle kamen zu mir und baten mich um Ratschläge. Sowohl die Arbeitskolleg_innen als auch der Chef respektierten mich. Ich habe mich nie als Anführer gesehen,

aber ich habe bemerkt, dass das, was ich sage, ernstgenommen wird, und so bin ich rasch in eine Anführer-Position gerutscht. Für mich war es wichtig, dass wir zusammenhalten; dass wir für die Gruppe handeln. Wir waren zu viert, die den Protest ins Rollen gebracht haben. Wir

Für mich war es wichtig, dass wir zusammenhalten; dass wir für die Gruppe handeln

haben uns öfters getroffen, um alles zu planen, und teilten Aufgaben unter uns auf. Am Schotthof wird immer am ersten Tag des Monats am Nachmittag die Abrechnung gemacht. Wir dachten, wir protestieren, bevor wir die Abrechnung unterschreiben, ansonsten kann er uns einfach nach Hause schicken.

Von der Idee zur Umsetzung: Wie lief das alles ab?

Wir sind am 1. Oktober um 6 Uhr morgens ins Büro gegangen und haben dem Chef gesagt, wir wollen unsere ausstehenden

Löhne für all die Jahre, die wir gearbeitet hatten. Ich sagte ihm: Wir wollen unser Recht! Er tat so, als würde er nicht verstehen. Und dann kam der berühmte Satz: »Wenn ich euch dieses Geld gebe, dann gehe ich pleite.« Er sagte noch, wir können alle gehen, wir bekommen nichts von ihm. Ich bereue, dass ich das Gespräch nicht aufgezeichnet habe. Denn er hat später gezeugnet, dass er uns die Zuschläge für das laufende Kalenderjahr nicht ausbezahlen wollte.

Habt ihr Unterstützung bekommen?

Vor dem Protest waren wir in der Landarbeiterkammer, um uns zu informieren. Damals hat uns der Rechtsreferent, Günter Mösl, gesagt, wir sollen versuchen, es betriebsintern zu lösen, also direkt mit dem Chef. Da merkte ich schon, dass er uns nicht unterstützen wollte. Am Tag des Protests war Mösl wieder da, mit uns und mit dem Chef im Büro. Er hat sehr schnell Deutsch gesprochen mit dem Norz, sodass wir nichts verstanden haben. Danach verschwand er einen Tag, war nicht mehr erreichbar. Mir ist vorgekommen, er war eher auf der

Seite des Bauern. Er hätte sich für uns einsetzen sollen, uns Mut machen und Informationen geben. Das tat er aber nicht.

Wie hat der Arbeitgeber reagiert?

Noch am selben Tag meinte Norz zu mir, ich könne bringen, wen ich wolle, er müsse uns kein Geld geben. Als er gemerkt hat, dass es ernst wird, hat er mich gerufen und mir Geld angeboten, und ich sollte dafür sorgen, dass sich der gemeinsame Protest auflöst. Er hat mir 60.000 bis 70.000 Euro angeboten. Ich hätte es genommen, aber meine Frau hat nein gesagt, wir können die anderen nicht enttäuschen. Wir alle protestierten aus demselben Grund: Wir wollten das Geld, das uns zustand.

Dann habt ihr euch eine rechtliche Vertretung organisiert?

Am nächsten Tag waren wir bei einem Anwalt in Innsbruck, aber er war eher ein Scheidungsanwalt und konnte uns nicht viel helfen. Schließlich hat uns die Arbeiterkammer Tirol einen Anwalt zur Verfügung gestellt, und am 3. Oktober waren wir in einem großen Saal der AK

Tirol, um die Vollmachten für den Anwalt zu unterschreiben.

Doch da waren wir nur mehr 43, weil inzwischen einige nach Hause gefahren waren, nachdem sie Geld vom Chef bekommen

Der Bauer hat mir bis zu 70.000 Euro geboten, wenn ich dafür Sorge, dass sich der Protest auflöst

hatten. Nachdem wir unsere Daten beim Anwalt gelassen und die Vollmachten unterschrieben hatten, sind wir alle am gleichen Tag noch nach Hause, nach Rumänien und Serbien, gefahren. Zwei Monaten später kamen wir alle zurück nach Innsbruck, um das Geld zu holen, denn der Anwalt kam zu einer außergerichtlichen Einigung mit dem Norz. Wir haben uns gefreut, wir wussten aber nicht, wie viel Geld es sein würde. Als wir ankamen – und noch bevor wir das Geld bekommen haben –, mussten wir



»WIR PROTESTIEREN!« THAUR (ÖSTERREICH), 1. 10. 2013:
Rund 70 Erntearbeiter_innen aus Serbien und Rumänien organisieren sich und streiken am Schotthof, beim größten Gemüsebauern Tirols. Sie protestieren gegen ihre Arbeitsbedingungen und fordern die ihnen gemäß Kollektivvertrag zustehenden Löhne ein. Foto: Daniel Liebl, zeitungsfoto.at

etwas unterschreiben. Ich wusste nicht genau, was auf dem Papier stand, es war niemand dabei, der dolmetschen konnte.

Wie ist der Protest ausgegangen?

Als ich sah, dass es für jede_n rund 2.600 Euro waren – insgesamt war die Einigung 110.000 Euro – bin ich weggegangen, ich wollte das Geld gar nicht. Es war sehr wenig; zu wenig. Aber viele von uns hatten kein Haus, keinen Job. Es war auch Dezember, Weihnachten, deswegen waren sie sehr froh und nahmen das Geld. Ich nahm es letztlich auch, aber ich war sehr enttäuscht.

Du und deine Frau Monica haben von 2003 bis 2013 am Schotthof gearbeitet. Was brachte euch dazu, nach zehn Jahren Beschäftigung zu protestieren?

Wir waren schon lange nicht mehr zufrieden am Schotthof. Immer mehr schlossen sich uns an, anfangs waren wir 40, dann um die 70 Leute. Der Auslöser war ein Ereignis, das ein Jahr zurücklag, als zwei Arbeiter aus Serbien ihre rechtlichen Ansprüche im Büro eingefordert hatten und mehrere Tausend Euro

erhalten haben. Wir alle wussten davon. Wir taten zu diesem Zeitpunkt nichts, aber das Feuer war entfacht. Hinzu kam, dass eine Arbeitskollegin sich über unsere Rechte genau informiert und uns davon erzählt hatte. In

Norz ist reich geworden, weil er uns extrem ausgebeutet hat

Wahrheit wussten wir seit Jahren, dass der Norz auf unsere Kosten und auf Kosten unserer Rechte reich wird, aber wir verdrängten es einfach. Und wir brauchten das Geld, auch wenn es wenig war. Jede_r hatte auch eine eigene persönliche Motivation, aber wir haben uns zusammengeschlossen, wir fühlten uns gemeinsam stark.

Was war deine Motivation?

Monica, meine Frau, und ich hatten schon seit einigen Jahren einen Kinderwunsch. Aber es klappte nicht. Wir haben 14 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche unter enormem

Stress gearbeitet. Wir wussten: Wenn wir eine Familie wollen, müssen wir weg von hier.

Kannst du die Arbeitsbedingungen genauer beschreiben?

Katastrophal. Wenn ich zurückdenke, wird mir schlecht. Ich spreche nicht gerne darüber. Im Nachhinein schäme ich mich, dass ich es dort so lange ausgehalten habe. Ich habe zwischen 350 und 420 Stunden im Monat gearbeitet, dabei nie die Zuschläge für Überstunden bezahlt bekommen, kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Für alles mussten wir aufkommen: für das

Wenn ich daran zurückdenke, wird mir schlecht

Werkzeug, für die Gummiringel, für ein kleines Zimmer, für unser Essen, für die Waschmaschine ... für alles. Und das war immer noch nicht genug für sie. Meine Frau hat immer wieder bei einer Freundin der Chefin im Haus geputzt und in der Stunde 5 Euro verdient – bis wir erfah-

ren haben, dass unsere Chefin, die das Geld von ihrer Freundin bekam, eigentlich 15 Euro in der Stunde für Monica erhielt und 10 davon für sich behalten hat.

Wie war dein Verhältnis zu den Arbeitgeber_innen?

Am Schotthof waren wir alle Nummern. Der Chef hat von wenigen von uns den Namen gewusst, meinen schon. Der alte Norz, der Vater, hat geweint, als ich gegangen bin, er nahm uns als Familie wahr. Der Alte hat wenigstens Emotionen, im Gegensatz zu seiner Frau und zum Junior und dessen Frau. Als ich am Schotthof angefangen habe, waren 70 Arbeiter_innen beschäftigt, jetzt sind es 140. Damals haben wir die Radieschen in der Schubkarre gewaschen, jetzt haben sie die modernsten Maschinen dafür. Er ist reich geworden, weil er uns extrem ausgebeutet hat.

Wie sah die Bezahlung am Schotthof aus?

Monica war immer Erntehelferin und hat maximal 4 Euro in der Stunde verdient. Ich auch, jahrelang. In den letzten zwei Jahren war ich Vorarbeiter, Traktorfahrer und Fahrer, ich

brachte die Arbeiter_innen auf die Felder und habe dann 5,30 Euro in der Stunde verdient.

Bereust du, dass du damals protestiert hast?

Ich bereue es nicht, vor allem wegen meiner Gesundheit. Jetzt arbeite ich in Bayern für eine Baufirma und asphaltiere Straßen. Ich arbeite 160 Stunden im Monat und verdiene 2.500 Euro. Am Schotthof waren es 2.000 Euro in den letzten zwei Jahren, ich musste dafür aber 400 Stunden arbeiten. Meine Frau und ich haben jetzt einen kleinen Sohn, wir sind zufrieden. Schade ist nur, dass sie in Şura Mare bei Sibiu in Rumänien sind und ich sie nur alle sechs bis acht Wochen sehe. Für Monica ist es auch schwierig, denn sie ist alleine mit

dem Kind. Aber es fehlt ihnen nichts, finanziell meine ich, und das ist sehr gut. Natürlich würde ich am liebsten in Rumänien leben, dort gibt es aber keine Arbeit und wenn, dann ist sie sehr schlecht bezahlt. Wenn es anders wäre, würde ich nicht hier sein.

Setzt du dich auch in der Firma, in der du jetzt tätig bist, für deine Arbeitsrechte und die deiner Arbeitskolleg_innen ein?

Hier stellt sich nicht einmal die Frage, ob mein Chef meine Rechte respektiert oder nicht. Unsere Rechte – und nicht nur unsere Pflichten – werden uns bekannt gegeben und respektiert. Aber ja (*lächelt*), ich werfe immer ein Auge drauf.

»Begonnen hat alles, weil wir eine Arbeitsbestätigung wollten ...«

Sieben Jahre lang hat **Violeta Popa*** in Niederösterreich Kraut geerntet, Unkraut gerupft und bis zu 17 Stunden am Stück Landarbeit verrichtet: für einen Hungerlohn und mit windschiefer Anmeldung bei der Sozialversicherung auf einem Hof, der u. a. unter dem Label »Pro Planet«** produziert. Als sie über die Verkäuferin im Dorfladen einen rumänischsprachigen Folder der Sezoni-Kampagne mit Informationen über ihre Rechte erhält, nimmt sie Kontakt mit der Gewerkschaft auf. Im Gespräch mit **Hans Hedrich** erzählt sie über die zähe Angelegenheit, Rechte gerichtlich einzufordern.

Sie haben in Niederösterreich auf einem landwirtschaftlichen Betrieb gearbeitet. Wie lange waren Sie dort, und wie hat der Arbeitsalltag ausgesehen?

Wir kamen durch die Vermittlung einer Bekannten – das war am 26. Dezember 2007. Wir arbeiteten in einem kleinen Dorf mit zwanzig Häusern und einem Laden. Zum Arbeiten standen wir um 5 Uhr auf und wurden aufs Feld gebracht. Dort jäteten wir auf den Krautfeldern Unkraut. Und wenn das

Kraut reif war, ernteten wir es. Den ganzen Tag über waren wir auf dem Feld und nachts in der Halle. In der Halle packten wir das Kraut in Kistchen oder in Säcke für die Kund_innen. Die Arbeit dauerte 13, 15, 17 Stunden am Tag. Alle zwei bis drei Monate kam es vor, dass wir sogar 24 Stunden arbeiteten, ohne Schlaf. Mein Mann arbeitete noch mehr als ich. Wenn wir abends schlafen gingen, fuhr er nach Wien zum Großmarkt, zum Entladen der LKWs.

Wie viel zahlte Ihnen der Bauer?

Bis April 2014 bekamen wir 3,50 Euro pro Stunde. Dann haben wir uns mit ihm gestritten und ihm gesagt, dass wir nicht mehr wiederkommen – und so hat er uns dann 5 Euro pro Stunde bezahlt.

Wie waren die Arbeits- und Unterkunftsbedingungen?

Wir wohnten im Bauernhaus, im Keller. Tja, am Anfang war es dort sehr schlecht! In den vier Zimmern gab es anfangs noch nicht einmal einen Betonboden und nur Betten aus Metall. Wir haben selbst Parkett gelegt und im Bad Fliesen. Essen kauften wir selbst; manchmal brachte uns der Bauer Grillhähnchen aufs Feld, wenn er wollte, dass wir länger arbeiten. Arbeitskleidung und Messer zum Krautschneiden mussten wir uns selbst mitbringen. Ich will nicht alles schlecht reden ... Auf anderen Höfen wurde den Arbeiter_innen Geld abgezogen für Strom, Wasser, Klopapier usw., hier aber nicht, weil uns auch kein Komfort geboten wurde. Und überhaupt waren wir selten im Haus. Das Gute war insgesamt, dass wir etwas Geld

verdient haben, denn wir waren darauf angewiesen. Sonst wären wir nicht sieben Jahre lang dort geblieben.

Wir haben gesagt, dass wir für 3,50 Euro die Stunde nicht wiederkommen; so hat er uns 5 Euro bezahlt

Wie ist Ihre Situation in Rumänien gewesen, sodass Sie sich so weit weg zur Arbeitssuche entschließen mussten?

Wir hatten schon in Rumänien in Gewächshäusern und beim Gemüseanbau gearbeitet, und diese Freundin von uns sagte mal: »Kommt nach Österreich! Hier verdient man mehr!« In Rumänien verdienten wir 20.000 Lei pro Jahr, das entspricht ca. 4.500 Euro. Dieses Geld verdienten wir in Österreich in zwei Monaten, weil viele Arbeitsstunden zusammenkamen. Hätten wir eine normale Arbeitszeit gehabt, hätten wir nur 700 bis 800 Euro pro Monat verdient.

Warum haben Sie sich an die Gewerkschaft gewandt?

Also, wir hatten von rumänischen Freund_innen und von meinem Bruder in Deutschland erfahren, dass wir ein Recht auf Kindergeld hätten und dass wir dafür eine Bestätigung vom Bauern bräuchten. Da haben

Die Verkäuferin im Dorfladen gab uns einen Zettel, auf dem die Adresse der Gewerkschaft stand

wir gesagt: Soll er uns doch ein Papier ausstellen, dass wir bei ihm arbeiten. Das wollte er aber nicht.

Im Dorf kannten wir eine Verkäuferin im Geschäft, die sah, dass wir direkt vom Feld zum Einkaufen kamen – in schmutziger Arbeitskleidung. Sie fragte uns immer wieder, wie die Arbeit und der Chef seien. Wir sagten ihr, alles sei in Ordnung. Was hätten wir anderes sagen können – wir wohnten doch bei ihm! Sie

sagte, sie sehe, dass wir schwer arbeiten, dass wir das aber nicht sagen wollen. Eines Tages gab sie uns einen Zettel, einen Folder auf Rumänisch, dort stand die Adresse der Gewerkschaft und eine Telefonnummer – von Alina Stocker [Rumänisch-Dolmetscherin in der Sezoneri-Kampagne]. Als wir wieder in Rumänien waren, riefen wir im Jänner 2015 bei der Gewerkschaft an, und sie boten an, uns zu helfen. Wir waren damals zu siebent. Im Februar 2015 ging es dann los, beim Bauern die offenen Löhne einzufordern, im Jänner 2016 hat die Gewerkschaft schließlich für uns Klage eingereicht. Allerdings haben wir bisher nichts erreicht.

Waren Sie vorher schon über Ihre Rechte als Landerbeiter_innen informiert?

Nein, bis zu dem Zeitpunkt, als uns die Verkäuferin im Laden das Infoblatt gab, haben wir nichts gewusst. Sieben Jahre lang!

Haben Sie versucht, selbst mit dem Bauern zu verhandeln?

Wir sind im April 2014 nach Rumänien zurückgekehrt und sagten ihm am Telefon, dass wir nur für 5 Euro Stundenlohn zu-

rückkehren würden. Er willigte schließlich ein, und so sind wir bis 1. Dezember wieder zu ihm arbeiten gegangen. Danach bestanden wir wieder auf die Bestätigung, doch der Bauer verweigerte sie uns erneut. Deshalb riefen wir bei der Gewerkschaft an. Der Bauer hatte inzwischen über einige unserer Kolleg_innen von unserem Kontakt mit der Gewerkschaft und dem angestrebten Prozess erfahren – und später auch von der Anwältin der Gewerkschaft gehört. Die Kolleg_innen, die uns quasi »verraten« hatten, zogen sich als Kläger_innen im Prozess zurück, um weiterhin beim Bauern arbeiten zu dürfen.

Sie waren ursprünglich zu siebent, um Ihre Rechte durchzusetzen. Drei von Ihnen haben sich anders entschieden. Wissen Sie, warum?

Ja, wir sind noch zu viert – und ich sage Ihnen, warum sich die anderen zurückgezogen haben: Hätten sie das ausstehende Geld sofort per Gerichtsurteil bekommen, hätten sie letzten Sommer, also 2015, ihre Vollmacht zur Vertretung durch die Gewerkschaft nicht zurückgezogen. Da

sie aber sahen, wie lange das ganze Prozedere schon dauerte, sind sie wieder zum Bauernhof zurückgegangen, um Geld zu verdienen. Inzwischen zahlte der Bauer schon 6 Euro pro Stunde für sieben bis acht Stunden Arbeit pro Tag, weil er immer

Inzwischen zahlt der Bauer 6 Euro pro Stunde – weil er immer wieder kontrolliert wurde

wieder kontrolliert wurde. Andererseits müssen die Arbeiter_innen jetzt für die Wohnung, das Wasser und alles bezahlen.

Was klagen Sie ein?

Der Bauer soll uns alle Jahreslohnzettel ausstellen – oder einen Arbeitsvertrag – als Bestätigung, dass wir sieben Jahre lang nicht informell gearbeitet haben. Und er soll uns den Differenzbetrag von 3,50 Euro zum normalen Lohn bezahlen. Der Sozialversicherung meldete er, ich hätte ab 2008 nur zwei bis vier

Stunden am Tag gearbeitet und auch das mit zwei- bis dreitägigen Unterbrechungen! Das habe ich über die Gewerkschaft erfahren. Einen Arbeitsvertrag haben wir nicht unterzeichnet, der Chef ließ uns aber immer wieder un- ausgefüllte Papiere unterschrei-

Wir hätten nicht sieben Jahre lang auf unsere Rechte verzichten sollen!

ben. Was damit geschah, weiß ich nicht. Ich hab gesehen, dass er sogar Papiere in unserem Namen eingereicht hat, die waren gar nicht unterschrieben! Wie kann er dann belegen, dass ich nur vier Stunden am Tag gearbeitet hätte, wenn ich die Papiere gar nicht unterschrieben habe?!

Wie funktioniert Ihre Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft?

Was soll ich sagen? Sie sagen, sie hätten etwas gemacht, bei uns ist aber noch kein positi-

ves Ergebnis angekommen. Sie werden wohl auch beschäftigt sein, denn sie haben nicht nur unseren Fall.

Wo arbeiten Sie jetzt?

Seit 1. August arbeite ich in Italien, ich pflege eine alte Person. Es ist gut hier, denn ich muss nicht »rackern«. Ich Sorge für die Pflegenehmerin, mache sauber, koche und fertige. Die Bezahlung ist gut, ich arbeite bei der Person zu Hause – ich genieße die gleichen Lebensbedingungen wie sie.

Wie geht es Ihnen mit der Entscheidung, für Ihre Rechte zu kämpfen? Bereuen Sie, die Anstrengung auf sich genommen zu haben?

Nein! Warum sollten wir das bereuen? Das hätten wir früher machen müssen, anstatt sieben Jahre lang auf unsere Rechte zu verzichten! Als ich einmal nach zu viel Arbeit im Freien mit einer Erkältung ins Krankenhaus kam, kam die Bäuerin und sagte zu mir, ich müsste den Krankenhausaufenthalt bezahlen, obwohl das nicht stimmte. Außerdem hat sie von den Ärzt_innen verlangt, mich früher zu entlassen, damit ich wieder arbeiten gehe.

**Was würden Sie anderen
Arbeiter_innen in einer
ähnlichen Lage empfehlen?**

Sie sollen keine Arbeitsverträge unterschreiben, wenn sie nicht

auch in Rumänisch verfasst sind. Ansonsten hoffe ich, dass sie mehr Glück haben als wir!

* Name geändert

** »Pro Planet« ist ein Produktlabel der »REWE«-Gruppe. Laut www.proplanet-label.com (abgerufen am 10. 10. 2016) geht es beim »Pro Planet«-Label »schon längst nicht mehr nur um die Qualität der Produkte – ökologische und soziale Nachhaltigkeit spielen mittlerweile eine ebenso bedeutende Rolle.« In Österreich ist unter anderem die NGO »Global 2000« Projektpartner von »Pro Planet«.

Anmerkung der Redaktion: Das Verfahren ist seit Jänner 2016 gerichtsanhängig. Eingeklagt wurde die Differenz auf die laut Kollektivvertrag zustehenden Löhne, die Überstunden- sowie Sonn- und Feiertagszuschläge, Sonderzahlungen und nicht verbrauchter Urlaub für die letzten drei Jahre, weiter zurückliegende Ansprüche sind verjährt. Auch die Lohnerhöhung auf zuletzt 5 Euro pro Stunde liegt deutlich unter dem Kollektivvertrag. Eine außergerichtliche Einigung

war 2015 trotz langwieriger Bemühungen nicht möglich. Die schlechten Vergleichsangebote des Arbeitgebers haben Violeta Popa und ihre Kolleg_innen verständlicherweise abgelehnt. Im Sommer 2016 gab das Gericht ein Sachverständigengutachten in Auftrag, um die realistisch notwendige Arbeitszeit für die am Hof anfallenden Arbeiten festzustellen, da der Bauer und die Bäuerin den Großteil der geleisteten Arbeitsstunden bestreiten. Das Gutachten liegt nun vor und gibt den Arbeiter_innen zu weiten Teilen Recht. Ein Verhandlungstermin zur Einvernahme von Violeta Popa und ihren Kolleg_innen und Erörterung des Gutachtens wurde vom Gericht bis dato (Anfang Oktober 2016) nicht anberaumt.

Dass Gerichtsverfahren in Österreich Monate bis Jahre dauern, ist leider nicht unüblich, bedeutet aber eine große Hürde für Arbeitnehmer_innen und wird auch von den Gewerkschaften wiederholt scharf kritisiert.

»Landwirtschaft ist einer der Sektoren, wo am meisten ausgebeutet wird«

Im Frühling 2014 hat die Produktionsgewerkschaft (PRO-GE) in vier Bundesländern Österreichs eine Kampagne für die Rechte von Erntehelfer_innen initiiert und von Beginn an Aktivist_innen und NGOs mit ins Boot geholt. Nach drei Jahren werden die Muster der Arbeitsausbeutung und Rechtsverletzung zunehmend klarer. Was hat diese Kampagne bisher bewirkt? Wie hat sie Gewerkschaftsarbeit verändert? Von Erfolgsstorys und Herausforderungen erzählen **Lilla Hajdu** (PRO-GE Burgenland) und **Susi Haslinger** (Sozialpolitik- und Rechtsabteilung der PRO-GE) im Gespräch mit **Daniela Koweindl**.

Warum hat die PRO-GE die Sezonieri-Kampagne initiiert?

Susi Haslinger: Wir sind gewerkschaftlich für den gesamten Agrarbereich zuständig, haben hier aber noch viele offene Baustellen. Unser Organisationsgrad ist hier gering. Gleichzeitig ist das einer der Sektoren, wo am meisten ausgebeutet wird.

In welchem arbeits- und sozialrechtlichen Rahmen findet Erntearbeit statt?

Susi Haslinger: Ein Grundproblem ist, dass Landarbeit nicht Bundes-, sondern Ländermaterie ist. Es gibt ein Landarbeitsgesetz und daraus resultieren neun Landarbeitsordnungen, in denen die arbeitsrechtlichen Grundsätze näher geregelt sind. Auch die Kollektivverträge sind länderweise abgeschlossen. Die PRO-GE ist allerdings nicht in allen Bundesländern in der Landwirtschaft kollektivvertragsfähig, in manchen ist es die Landarbeiterkammer. D. h. wir können nicht in

allen Bundesländern die Rahmenbedingungen mitbeeinflussen, sondern sind – was für uns als Gewerkschaft total untypisch ist – teils darauf reduziert, dass wir Rechte geltend machen, aber nie in die Verhandlungsposition um diese Rechte kommen.

Wer erntet eigentlich das Gemüse, das wir kaufen?

Lilla Hajdu: Es sind in erster Linie Arbeiter_innen ohne österreichischen Pass. Durch die Nähe zu den neuen EU-Ländern gibt es auch viele Tagespendler_innen, im Burgenland aus Ungarn, in Niederösterreich aus der Slowakei, in der Steiermark aus Slowenien usw.

Susi Haslinger: Eine ganz große Gruppe sind Rumän_innen; mit einigem Abstand auch Bulgar_innen. Jedenfalls haben viele einen EU-Pass. Aber es arbeiten hier auch Drittstaatsangehörige aus Serbien oder aus der Ukraine.

Lilla Hajdu: Zuletzt hatte ich Kontakt mit zwei Arbeitern, die arabisch und französisch gesprochen und erzählt haben, dass sie 3,50 Euro pro Stunde verdienen und in einer Asylunterkunft wohnen. Die Branche ist auch eher gemischt, nicht männerdominiert.

Apropos Löhne, wie sehen die Arbeitsbedingungen aus?

Lilla Hajdu: Im Burgenland schreibt der Kollektivvertrag 1.162,80 Euro brutto für Hilfsarbeiter_innen in bäuerlichen Betrieben vor. Die meisten ver-

Schwangerschaft, Unfall, Krankheit – Anlass genug, um jemanden zu kündigen

dienen nicht dementsprechend. Aber die Abweichungen sind unterschiedlich.

Susi Haslinger: Zwischen 3,50 und 4,50 Euro die Stunde ist Praxis. Dem stehen je nach Region zwischen 5 und 6 Euro laut Kollektivvertrag gegenüber. Netto jeweils. Überstundenzuschläge habe ich in der Landwirtschaft noch nie erlebt. Wochenendarbeit ist je nach Gemüse komplett an der Tagesordnung.

Lilla Hajdu: Es kann in Spitzenzeiten sein, dass die Leute über dreizehn Stunden täglich arbeiten. Es kann auch sein, dass es

wetterbedingt nicht möglich ist zu arbeiten, dann bekommen die Arbeiter_innen auch kein Geld. Das gilt ebenso für Urlaub oder andere Abwesenheit. Eine klassische Tagelöhner_innen-Struktur ist bemerkbar. Und in jedem Fall läuft all das den arbeitsrechtlichen Regelungen zuwider. Außerdem fällt auf: Schwangerschaft, Unfall, Krankheit – das sind Anlässe, um Leute zu kündigen.

Es wird auch viel getrickst, um die Rechte der Arbeiter_innen zu verletzen, aber den Schein zu wahren.

Lilla Hajdu: Ja, häufig gibt es zweierlei Arbeitszeitaufzeichnungen. Eine für die tatsächlichen Auszahlungen und einen formellen Teil für den Fall, dass Kontrollen kommen.

Susi Haslinger: Auch das würde ich als systematisch bezeichnen. Wir haben immer öfter Arbeitszeitaufzeichnungen über Teilzeitarbeit, wo die Leute angeblich pünktlichst wie mit der Stechuhr das Feld verlassen, jeden Tag um dieselbe Uhrzeit. Ausreißer sind nur, dass kürzer gearbeitet wird. Tatsächlich arbeiten sie zwölf, dreizehn Stunden. Fünf, sechs oder sieben Tage die Woche.

Grundsätzlich könnt ihr davon ausgehen, dass die Arbeiter_innen angemeldet werden?

Susi Haslinger: Hier hat die Arbeitsmarktöffnung viel geholfen. Rumän_innen sind früher unter das Drittstaatskontingent, Sonderkontingent »Saisonarbeit in der Erntehilfe« gefallen. Jetzt dürfen sie ohne jegliche Beschränkung arbeiten. Das hat schon auch bei den Arbeitsbedingungen geholfen. Viele wissen aber nicht, dass sie angemeldet sind, weil ihnen die Papiere oder die e-card [elektronische Sozialversicherungskarte] nicht ausgehändigt werden.

Wie findet die Rechtedurchsetzung statt?

Lilla Hajdu: Wenn eine Erntehelfer_in kommt und mir ihre Geschichte erzählt, dann schaue ich, wie ich weiterhelfen kann. Soll ich mit jemandem aktiv gegen die Arbeitgeber_in vorgehen, so ist eine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft Voraussetzung, allerdings gibt es dafür innerhalb der Sezoneri-Kampagne keine Fristen – die Mitgliedschaft gilt ab Tag eins [generell gilt ein Minimum von sechs

Monaten Mitgliedschaft, um den kostenlosen Rechtsschutz in Anspruch nehmen zu können]. Ich nehme Kontakt mit der Arbeitgeber_in auf und versuche, für die Person Geld herauszuholen, wenn etwas ausständig ist – was in 99 % der Fälle so ist. Irgendetwas ist immer ausständig. Wenn alles nichts nutzt, dann ersuche ich eine Kolleg_in, Klage vor Gericht einzubringen.

Susi Haslinger: ... das wandert dann auf meinen Tisch. Ich bin zuständig für die gerichtliche Geltendmachung. Diese Fälle zeichnen sich durch ein Ausmaß an Sturheit und Uneinsichtigkeit aus, wie ich das außerhalb der Landwirtschaft nicht kenne. Es wird alles daran gesetzt, die Landarbeiter_innen vor Gericht zu kriminalisieren, in ein betrügerisches Eck zu stellen.

Lilla Hajdu: ... oder selbst betrügerische Maßnahmen zu ergreifen. Ich habe vor kurzem zwei Fälle bei demselben Arbeitgeber gehabt. Er hat behauptet, dass die Leute auf bestimmte Ansprüche verzichtet haben – unterschrieben an einem Tag, an dem sie gar nicht da waren. Ich habe ihn damit konfrontiert, im Endeffekt hat er bezahlt, was ich verlangt habe – was übrigens für

die beiden Arbeitnehmer_innen 9.000 Euro bedeutet hat.

Könnt ihr mehr Erfolgsbeispiele schildern?

Lilla Hajdu: Aktuell hatte ich mit einer schwangeren Erntehelferin zu tun, die mit scheinheiligen Argumenten gekündigt wurde. Wir konnten erwirken, dass die Abmeldung storniert wird und sie wieder Versicherungsschutz hat. Jetzt ist noch aktuell, die ausstehenden Entgelte zu holen.

Diese Fälle zeichnen sich durch ein Ausmaß an Sturheit aus, wie ich es außerhalb der Landwirtschaft nicht kenne

Susi Haslinger: Gerichtlich ist alles sehr langwierig. Wenn wir etwas einklagen, dauert das Monate bis Jahre. Das ist natürlich schwierig, denn in der Zwischenzeit sind die Betroffene

nen oft schon wieder zu Hause. Gleichzeitig hatte ich auch schon den Eindruck, dass vereinzelt Richter_innen von Landwirtschaft keine Ahnung haben und voller Ressentiments gegenüber Ausländer_innen sind. Dennoch: Die meisten Gerichtsverfahren enden bei uns letztlich mit einem Vergleich, den auch die Arbeitnehmer_innen annehmen können. Sie sind ja auch immer sehr überrascht, wenn wir ihnen sagen, wie viel wir einklagen. Aber wenn sie länger beschäftigt waren, kann das in die zig tausende Euro gehen.

Lilla Hajdu: Ich kann mich auch erinnern, dass du einem Erntehelfer geholfen hast, der einen Unfall hatte. Er hat sich bei einem Fußballspiel das Bein gebrochen, der Arbeitgeber hat ihn gekündigt, die PRO-GE hat es eingeklagt – erfolgreich, sodass der Kollege für die Dauer der Krankheit eine Entgeltfortzahlung erhalten hat.

Auslöser für den Weg zur Gewerkschaft sind also oftmals Momente, in denen eine Kündigung erfolgt. Wann kommt es sonst dazu, dass Erntehelfer_innen ihre Rechte einfordern?

Susi Haslinger: Wir haben viele Erntehelfer_innen, von denen wir erfahren, dass sie unsere Folder schon viel früher hatten und so gesehen haben, was sie eigentlich verdienen müssten. Manche sind erfolgreich, wenn sie damit die Arbeitgeber_innen konfrontieren, und bekommen einen höheren Lohn, andere nicht. Und hier kommt es sehr oft zu durchaus schwerwiegenden Streitereien – auch wenn die Arbeitnehmer_innen ohnehin nicht sagen würden, »Zahl uns, was uns zusteht«, sondern: »Zahl mir mehr als jetzt«.

Lilla Hajdu: Es gibt immer einen Knackpunkt, z. B. persönliche Beleidigungen, Demütigungen oder aggressive Handlungen.

Susi Haslinger: In einem aktuellen Fall haben jahrelange Mitarbeiter_innen es nach zähen Verhandlungen geschafft, statt 3,50 Euro in der Stunde 4,50 zu bekommen – auch für 100%-ige Überstunden. Doch der Bauer hat ihnen selbst das übel genommen und ist wirklich bössartig geworden. Dann haben Arbeiter_innen gesagt: »Na gut, dann kommen wir nächste Saison nicht mehr, stattdessen rufen wir jetzt diese Nummer an, die auf dem Folder steht«.

PRO-GE
PROJEKTIONEN UND ANSCHAUEN
EFOP-1.2.1-15-2015-0001
EFOP-1.2.1-15-2015-0001

Udvozlünk Ausztriában!

Mezőgazdasági szezonális munkások minimálbére

€ 6,-/óra

Hotline
+43 800/ 311 902
Hétfő-Péntek: 8:00-16:00

www.sezonieri.at

»WILLKOMMEN IN ÖSTERREICH!« OBERPULLENDORF (ÖSTERREICH), JULI 2015: »Mindestlohn für landwirtschaftliche Saisonarbeiter_innen: netto 6 €/h«. Die Sezonieri-Kampagne heißt Erntehelfer_innen mit großformatigen Plakaten entlang der Pendelrouten auf Ungarisch, Rumänisch, Bosnisch-Kroatisch-Serbisch und Slowakisch willkommen. Eine deutschsprachige Version mahnt hingegen die Arbeitgeber_innen: »Lohndumping ist strafbar! Mindestlohn Erntehelfer_in netto 6 €/h«. Foto: Lisa Bolyos

Ihr habt wiederkehrende Muster in der Ausbeutung angesprochen. Wie ließen sich die strukturell bekämpfen?

Susi Haslinger: Ich glaube, Zusammenarbeit mit den Behörden ist eine wichtige Sache. Das kann die Krankenkasse sein, das Finanzamt oder die land- und forstwirtschaftliche Inspektion – das ist das Arbeitsinspektorat im Landwirtschaftsbereich. Doch es ist auch Vorsicht geboten und wichtig zu wissen, wer auf dem Hof arbeitet. Wenn klar ist, die Arbeitnehmer_innen können keine Probleme mit der Fremdenpolizei bekommen, weil sie EU-Bürger_innen sind, dann ist das ein guter Weg. Denn Behörden können schnell reagieren.

Ihr geht aufs Feld, auf die Straße, um die Arbeiter_innen zu erreichen?

Lilla Hajdu: Im Frühjahr hatten wir drei Aktionen an der Grenze zu Ungarn, die Fachgewerkschaften haben sich abgesprochen und dort Beratungen angeboten. Bei einer anderen Art der Grenzaktion haben wir letztes Jahr Folder in einem Dorf verteilt, in dem ganz viele landwirtschaftliche Betriebe sind.

Susi Haslinger: Es ist regional sehr unterschiedlich, was die Leute ausprobiert haben. In Tirol funktioniert es wirklich sehr gut, die Leute auf den Feldern aufzusuchen. Wobei: Das ist nicht die Gewerkschaft, das sind die Aktivist_innen. Oder ein schönes Beispiel aus Niederösterreich: Über mehrere Ecken hat eine Verkäuferin in einem kleinen Lebensmittelgeschäft die Sezonieri-Folder bekommen. Sie wusste, dass die Erntehelfer_innen aus der Umgebung auch zu ihr einkaufen kommen und hat die Folder weitergegeben. Erntehelfer_innen haben sich dann wirklich bei uns gemeldet. Die Frau hat danach allerdings massive Repressionen angedroht bekommen, vom Bauern und der Bäuerin.

Was ist im gewerkschaftlichen Kontext das Neue an dieser Kampagne?

Susi Haslinger: Es ist eine Herausforderung, der wir uns schrittweise stellen. Wir sind gezwungen, die klassischen gewerkschaftlichen Handlungsweisen zu verlassen – und auf die Unterstützung anderer angewiesen, die auch andere Erfahrungen mitbringen. Ge-

werkschaft hat den klassischen Ansatz: Entweder wir kümmern uns um unsere Mitglieder; oder wir kümmern uns um unsere Nicht-Mitglieder, weil sie in der Branche den Arbeitsmarkt für die Mitglieder zerstören – sag' ich jetzt mal brutal. Denn dort, wo Arbeitgeber_innen ausbeuten, ist klar, dass das für alle eine Negativspirale nach unten ist. Hier braucht es das Bewusstsein, dass es schlicht und einfach eine solidarische Pflicht ist, aktiv zu sein, wenn man sich Gewerkschaft nennt.

Lilla Hajdu: Ich finde, es ist eine riesige Herausforderung, neue Organizing-Strategien zu entwickeln, die wir in anderen Bereichen früher oder später auch brauchen.

Was sind zukünftige Anliegen in der Kampagne?

Susi Haslinger: Hier war der internationale Erfahrungsaustausch bei der Sezonieri-Tagung in Wien im Mai 2016 extrem spannend für uns, z. B. was Gerry McCormack von der irischen Gewerkschaft SIPTU über Migrant Organizing erzählt hat. Vieles hat auch unsere Überlegungen bestätigt, etwa dass ich Muttersprachler_innen brauche,

oder auch Mitarbeiter_innen mit eigener Erfahrung im Feld – wie bei den zwei Kollegen in Tirol, die jetzt in der Kampagne aktiv sind, vorher selber Landarbeiter waren und über unsere Hilfe zu ihren Ansprüchen gekommen

Es ist schlicht und einfach eine solidarische Pflicht, aktiv zu sein, wenn man sich Gewerkschaft nennt

sind. Wichtig ist, diese Leute nicht nur gezielt einzusetzen, sondern es muss auch Mitentscheidungsmöglichkeit in der Organisation geben, damit sie Teil der Gewerkschaft werden.

Lilla Hajdu: Und wir müssen auch unsere eigenen Erfolge kommunizieren. Das ist es, was für die Leute auf den ersten Blick attraktiv ist. Später kommt dann diese solidarische Komponente dazu.

Susi Haslinger: Ich möchte gerne sehen, dass die Infofolder Beine bekommen, sich auch in

Communitys weiterverbreiten.
Und dass die Aktivist_innen-
basis wächst.

Wie kann ich mitmachen?

Was kann ich tun?

Susi Haslinger: Einfach
melden! Es gibt Feldaktionen,
regelmäßig Plena. Alles Weitere
wird dort besprochen: Wo gibt
es konkrete Fälle, was sind aktu-
elle Anknüpfungspunkte. Auch
rechtliche Einschulung bieten
wir an.

Lilla Hajdu: Und wir haben
wunderschöne Folder, sehr
präsentabel, leider nicht gen-
dergerecht, was die Person am
Coverbild betrifft, aber die kann
man schon austeilen!

www.proge.at

www.sezonieri.at

www.facebook.com/sezonieri

Kontakt: sezonieri@gmx.at

»Bevor wir klagen, versuchen wir es mit Kommunikation«

Sara El Guoual ist Aktivistin der spanischen Landarbeiter_innengewerkschaft SOC-SAT (Sindicato Obrer@s del Campo – Sindicato Andaluz de Trabajador@s) und verantwortlich für ein aktuell laufendes Programm zur Fortbildung und zur Organisierung von Arbeiterinnen in den Verpackungshallen in Níjar, El Ejido und Almería (Andalusien). Im Gespräch mit **Tobias Zortea** erzählt sie vom Arbeitskampf beim Biogemüse-Großhändler »Bio Sol Portocarrero«.

Was ist Bio Sol für ein Unternehmen?

Bio Sol Portocarrero ist ein wichtiges Unternehmen des biologischen Landwirtschaftssektors in Almería. Es handelt sich um einen Großhändler von biologischem Obst und Gemüse, sowohl aus eigener Produktion als auch von fünfzehn anderen Landwirt_innen. Produziert wird auf etwa 100 Hektar in Gewächshäusern, vor allem auf den Feldern von Níjar in der Provinz Almería. Die Produktion im Umfang von 7.000 Tonnen wird zu 98 Prozent in Länder innerhalb der EU exportiert. Die Abfolge des Anbaus von Tomaten, Paprika, Gurken, Zucchini,

Melanzani, Wassermelonen und Honigmelonen hält die Produktion das ganze Jahr über aufrecht.

Was war das arbeitsrechtliche Problem bei Bio Sol?

Bereits während des Jahres 2008 hatte die Gewerkschaft SOC aufgrund unzulässiger Kündigungen – dabei handelte es sich um marokkanische Arbeiterinnen, die in der Verpackungshalle von Bio Sol arbeiteten – mehrere Konflikte mit Bio Sol.

Mit dem Beginn der Erntesaison von 2010 kündigte Bio Sol schließlich 13 Arbeiterinnen. Die Kündigungen erfolgten, weil die Frauen bereits ein

Dienstalter erreicht hatten, das ihnen Anrecht auf unbefristete Festanstellungen geben würde; dank einer Anzeige bei der Arbeitsinspektion war dieser rechtliche Anspruch festgestellt worden. Die Firma wollte die Arbeiterinnen also loswerden, um sie nicht fest anstellen zu

Die Firma ließ die Arbeiterinnen Blankoverträge unterschreiben, der Richter bewertete sie als gültig

müssen. Obwohl die Kündigungen nicht berechtigt waren, kam der Richter zu einem für uns nachteiligen Urteil; das Unternehmen hatte die Arbeiterinnen Blankoverträge unterschreiben lassen, und der Richter hat die als gültig bewertet.

Wie konntet ihr durch Kampagnen- und gewerkschaftliche Arbeit Erfolge erzielen?

Sieben der Frauen wurden

nach langem Kampf wieder eingestellt, sechs aber nicht. Nachdem eine Journalistin in der Schweiz über den Fall berichtet hatte, war es uns möglich, mit Hilfe von Schweizer Abnehmer_innen Druck auf Bio Sol auszuüben. Der große Erfolg des Drucks über die Abnehmer_innen war, dass die sechs gefeuerten Frauen eine Abfindung erhielten. Der nächste Erfolg war dann, dass sich nun zwanzig Fixangestellte im Unternehmen fanden, mit denen wir die Kraft hatten, eine gewerkschaftliche Sektion zu gründen. Die Arbeiterinnen beschwerten sich aber bald über zu viele Arbeitsstunden, darüber dass sie unterbezahlt und oft auch unter der Hand bezahlt wurden, dass sie bei der Verteilung der Arbeit diskriminiert wurden, über Misshandlung durch die Vorgesetzten, ständiges Mobbing und Druck und die Nichteinhaltung der Bestimmungen in Bezug auf Transport und Sicherheit am Arbeitsplatz. Auch wollte das Unternehmen nicht, dass die Gewerkschaft SOC in den Betrieb kam, weshalb den Arbeiterinnen gedroht wurde, sollten sie sich gewerkschaftlich betätigen.



»WIR HABEN DAS RECHT, RECHTE ZU HABEN!« SAN ISIDRO (SPANIEN), 1. 5. 2007: Bei der 1. Mai-Demonstration im andalusischen San Isidro gehen hunderte migrantische Arbeiter_innen und Gewerkschafter_innen auf die Straße. Das südspanische Andalusien ist für äußerst prekäre Arbeitsbedingungen im Gemüseanbau und auch in der nachgelagerten Verpackungsindustrie bekannt. Nach den pogromartigen Überfällen auf marokkanische Landarbeiter_innen im Jahr 2000 in der Kleinstadt El Ejido wurde in der Gewerkschaft SOC eine Sektion zur Organisierung von migrantischen - und aufenthaltsrechtlich meist mehr als prekären - Arbeiter_innen gegründet. Foto: Lisa Bolyos

Was wurde da gedroht?

Das Unternehmen versuchte, diese zwanzig Fixangestellten auf befristete Verträge umzustellen. Ihnen wurde gedroht, dass sie gefeuert würden, falls sie den zeitlich befristeten Arbeitsvertrag nicht unterzeichnen. Damit begann der zweite Konflikt. Dreizehn Arbeiterinnen wechselten, getrieben durch die Angst um ihren Arbeitsplatz, von einem unbefristeten auf einen befristeten Vertrag. Von den sieben, die nicht unterschrieben, wurden fünf entlassen, weil sie in einer Fernsehdokumentation des Senders »Arte« aufgetreten waren: Das Unternehmen nutzte den Auftritt der Arbeiterinnen als Vorwand, um sie zu entlassen, mit dem Argument, dass sie Bio Sol durch den Auftritt einen Imageschaden zugefügt hätten. Tatsächlich haben sie aber nur die Realität wiedergegeben, wie sie in den Verpackungshallen für Obst und Gemüse generell erlebt wird, und auch, wie sie persönlich ihren Arbeitsalltag erlebt haben. Nachdem die Arbeiterinnen entlassen wurden, hat die SOC in ihrem Namen Bio Sol ein weiteres Mal wegen unberechtigter Beendigung von Arbeitsverhältnissen geklagt. Diesmal

haben wir das Gerichtsverfahren gewonnen, die Arbeiterinnen wurden entschädigt und kehrten an ihren Arbeitsplatz zurück. Ich möchte erwähnen, dass die Arbeiterinnen nach der ersten Kündigung nur mit der Hilfe von Bio Suisse [Vereinigung von Schweizer Biolandbauorganisationen] wiederingestellt wurden und dass wir, die SOC und die Arbeiterinnen von Bio Sol, immer mit der Hilfe von Bio Suisse rechnen konnten.

Was waren eure Strategien in dieser Auseinandersetzung?

Unsere Strategien und Methoden sind immer die gleichen. Bevor wir klagen, versuchen wir es mit Kommunikation, mit der Vermittlung zwischen Arbeiter_innen und den Unternehmen; wenn wir zu keiner Einigung kommen, gehen wir den gerichtlichen Weg, der manchmal Gerechtigkeit bringt und manchmal leider auch nicht. Wenn wir am Gerichtsweg zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis kommen, machen wir Druck mit Aktionen wie Demonstrationen oder Hungerstreiks, alles gewaltfrei, denn unser Ziel ist nur die Gerechtigkeit – und hierfür ist der Kampf

für die Rechte der Arbeiter_innen notwendig.

Ihr übt auch Druck über den Lebensmittelhandel aus.

Wir möchten den Konflikt in die Länder tragen, in denen die hier produzierten Lebensmittel gekauft werden. Wir versuchen zu erreichen, dass Konsument_innen und entsprechende Organisationen das Thema aufgreifen, damit sich die Supermärkte unter Druck sehen zu handeln und so die Produzent_innen wiederum dazu bringen, mit uns in Verhandlung zu treten. Darum müssen wir die Vertriebsketten untersuchen: Lassen sich die Produktwege nachverfolgen? Gibt es soziale Labels? Welche Form von Marketing verfolgt der Einzelhandel? Die Schweiz, der Verband Bio Suisse und die dortigen Supermärkte sind gute Beispiele für diese Art des Druckaufbaus. Auch bei Rewe Bio in Deutschland und Tesco in England konnten wir Erfolge erzielen.

Welche Position hast du in der Gewerkschaft?

In der Gewerkschaft koordiniere ich jetzt mit der Hilfe einer Kollegin, Carmen Cruz, ein

Frauenprogramm, das wir ab Anfang September umsetzen. Darin gibt es Fortbildungs- und Beratungsworkshops für Frauen und gewerkschaftliche Organisationsarbeit unter den Arbeiterinnen der Verpackungshallen in den Gegenden von Níjar, El Ejido und Almería. Da ich relativ neu in der Gewerkschaft bin, habe ich am Anfang nur den Kolleg_innen

Wir möchten den Konflikt in die Länder tragen, in denen die Lebensmittel gekauft werden

mit grundlegenden Arbeiten im Büro – wie Kopieren oder Mitgliedsanträge ausfüllen – geholfen, die Fälle angeschaut, um zu lernen, was in der jeweiligen Situation zu tun ist, und bin mit dem Kollegen Spitou Mendy zur gewerkschaftlichen Organisationsarbeit in der Gegend von Níjar rausgefahren. Zur Zeit arbeite ich am Frauenprogramm, was vor allem

Koordinierungsarbeit bedeutet: die Frauen zu den Kursen einzuladen, die wir machen werden, und ihnen Informationen zu verschaffen, die sie benötigen.

Was sind die aktuellen Kämpfe der SOC Almería?

Zurzeit kämpft die SOC vor allem für gerechte Löhne der Landarbeiter_innen, der Arbeiter_innen in den Verpackungshallen und für gerechte Bezahlung der Tagelöhner_innen.

Können Ihr Kollektivverträge verhandeln?

Es gibt auf Provinzebene Kollektivverträge; in Almería sind diese niedriger und schlechter ausgestattet als in anderen Provinzen. SOC-SAT hat kein Recht, Kollektivverträge zu verhandeln, weil wir keine aus Betriebsrät_innenwahlen hervorgehenden Gewerkschaftsdelegierten haben; das ist das Terrain der großen Gewerkschaften.

Und wie ist die Situation bei Bio Sol heute?

Die Situation bei Bio Sol hat sich verbessert, die Arbeiterinnen bekommen ihre Löhne und

einen Monat bezahlten Urlaub, sie arbeiten nur die vereinbarten Stunden. Die Behandlung ist auch besser, es gibt keine schlechte Behandlung mehr wie früher. Und bevor ich es vergesse: Die SOC kann jetzt auch Versammlungen am Arbeitsplatz abhalten ohne jegliche Probleme mit dem Unternehmen.

www.socsatalmeria.org
www.sindicatoandaluz.org

Europäisches BürgerInnenforum (Hg.), 2000: Anatomie eines Pogroms – z. B. El Ejido. Bericht einer Delegation europäischer Bürgerinnen und Bürger über die rassistischen Ausschreitungen vom Februar 2000 in Andalusien

www.civic-forum.org/de/artikel/spanien-biosol-wegen-entlassungen-gerichtlich-verurteilt

Recherchen zu Bio Sol hat u. a. die Journalistin Shelina Islam gemacht: »Das Gütesiegel – Arbeitsbedingungen in einer zertifizierten Welt«, Dokumentarfilm 2013. www.shelina-islam.de

Unterbezahlte Lohnarbeit am idyllischen Bauernhof

L'autre syndicat – »die andere Gewerkschaft« – ist eine seit 2003 bestehende Basisgewerkschaft in der Westschweiz, die Beschäftigte in unterschiedlichen Branchen organisiert. Einer ihrer Schwerpunkte liegt im Bereich der Landwirtschaft, deren Belegschaft auch in der Schweiz stark migrantisch geprägt ist. Als Mitglied der Kleinbäuer_innen-Vereinigung La Via Campesina verfolgt l'autre syndicat einen integralen Ansatz, der neben klassischen gewerkschaftlichen auch agrarpolitische Themen wie die Ernährungssouveränität umfasst. Philippe Sauvin, Gewerkschaftssekretär von l'autre syndicat, im Gespräch mit Sónia Melo

Wie kam es zur Gründung von l'autre syndicat?

Auslöser war ein neuer Zusammenschluss von Gewerkschaften, der den Landarbeiter_innen keinen Platz mehr einräumen wollte. Einige Dutzend Mitglieder waren damit nicht zufrieden und beschlossen, eine eigene Gewerkschaft zu gründen. So entstand 2003 am Genfer See l'autre syndicat. Wir haben etwa 300 Mitglieder. Der Mitgliederbeitrag entspricht 0,7 Prozent des Bruttolohnes, das macht im Durchschnitt 20 bis 22 Franken monatlich. Auch wenn das in der

Schweiz keine große Ausgabe ist, ist dieser Betrag für viele Leute dennoch nicht gering.

Ihr vertretet Landarbeiter_innen. Welche Erfahrungen habt ihr dabei gemacht?

Individuell haben wir Arbeiter_innen immer wieder erfolgreich verteidigen können – bis vors Gericht. Ein Vorteil von Arbeitsgerichten ist, dass die Verfahren relativ unkompliziert ablaufen, jedenfalls bis zu einem Streitwert von 30.000 Franken. L'autre syndicat ist relativ lokal in der Westschweiz verankert.

Ein großer Teil der Schweiz interessiert sich vollkommen von der ganzen Situation der Arbeitsbedingungen der Landarbeiter_innen. Ich denke, das ist vielleicht das größte Hindernis. Und dann gibt es natürlich Widerstand sei-

Die Justiz hat erklärt: Uns gehen nur die Arbeitskonflikte etwas an – den Migrationsbehörden melden wir gar nichts

tens der Produzent_innen oder der (Groß)Bäuer_innen, der unheimlich hart sein kann, auch beinahe gewalttätig. Wir sind des Öfteren schon von Höfen weggejagt worden. Der Zugang zu den Unterkünften, der Zugang zu den Landarbeiter_innen ist nicht einfach.

... und bei der Vertretung von Sans Papiers?

Auch Sans Papiers haben das Recht, ein Gericht anzurufen.

Das Problem ist, dass die Situation in verschiedenen Kantonen in den letzten Jahren verschärft wurde, d. h. dass die Gerichtsbehörden allenfalls Meldungen an die Fremdenpolizei weitergeben. In Genf und in Waadt ist das nicht der Fall. Vor ungefähr sieben oder acht Jahren hat hier die Justiz erklärt: »Wir sind unabhängig, und uns gehen die Arbeitskonflikte etwas an; aber dass wir den Migrationsbehörden etwas melden sollen, das geht uns nichts an.« Dies hat auch den Hintergrund, dass gerade in Genf und Waadt verschiedene Organisationen zur Verteidigung der Sans Papiers und der Flüchtlinge besonders aktiv sind. Das hat Spuren hinterlassen.

Wie ist die Landwirtschaft in der Schweiz strukturiert? Und was wird in der Genfer Region produziert?

Die Region um den Genfer See ist ein Weinbaugebiet. Auch Obst, vor allem Äpfel und Birnen, werden angebaut. Es gibt mehrere große Gemüseanbaubetriebe, im Freien sowie in Glashäusern. Und dann gibt es Weizen und Viehzucht mit Milchbetrieben.

Gemessen an europäischen Maßstäben ist die schweizerische Landwirtschaft eher kleinflächig. Der durchschnittliche Landwirtschaftsbetrieb liegt heute bei 20 oder 22 Hektar – durch die Verminderung der Betriebe steigt die Größe jedoch tendenziell. 20 Hektar sind im Vergleich zu Deutschland oder Frankreich gar nichts. Gleichzeitig sind viele Betriebe ziemlich arbeitsintensiv. Gerade Gemüseanbau kann auf einer relativ kleinen Fläche doch verhältnismäßig viele Arbeiter_innen beschäftigen.

Gibt es in der Schweiz einen Mindestlohn oder andere verbindliche Regulierungen für die Bezahlung von Landarbeit?

Ein Mindestlohn ist nicht festgelegt. Es gibt eine Lohnempfehlung des Schweizerischen Bauernverbandes, die liegt bei monatlich 3.200 Franken brutto. Einige Kantone haben einen eigenen Mindestlohn in den normalen kantonalen Arbeitsverträgen festgehalten. Der höchste Lohn gilt in Waadt mit 3.420 Franken – das entspricht ungefähr 3.000 Euro. Man muss das aber vor allem mit den

üblichen Löhnen vergleichen und die Lebenshaltungskosten berücksichtigen.

Welche Rolle spielen hier die Konsument_innen?

Viele Konsument_innen sind sich gar nicht bewusst, dass hinter den Produkten lohnabhängige Personen arbeiten, sondern glauben an den »Idyll-Bauern-

Naja, man lebt in den Städten und kann sich vielleicht vieles schwer vorstellen

hof«. Die Realität der heutigen landwirtschaftlichen Produktion wird in den meisten Fällen nicht wahrgenommen und nicht thematisiert. Naja, man lebt in den Städten und kann sich vielleicht vieles schwer vorstellen.

... und der Handel?

Er ist zumindest mitverantwortlich, das lässt sich nicht verleugnen. Der Handel wird in der Schweiz von zwei Playern beherrscht, das sind Coop und

Migros, sie haben natürlich schon einen gewissen Einfluss. Gleichzeitig sind sie in Konkurrenz zu noch billigeren Anbietern wie Lidl oder Aldi. Letztendlich leben wir in einer kapitalistischen Gesellschaft

Es ist ein Klassenkampf zwischen denen, die ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen und denen, die sie in Anspruch nehmen

und diese bestimmt das Wirken und das Handeln der Großmärkte. Großmärkte wie Migros und Coop könnten eine wesentliche Rolle spielen bei der Durchsetzung von besseren Arbeitsbedingungen und fairen Produktionspreisen – sie wollen sich aber nicht die Finger schmutzig machen.

Das Credo in Europa ist, dass der Handel frei ist. Der Schweizer Handel wird in Bezug auf den inländischen Markt wenig

angefeindet, sondern eher wenn es um Skandale geht wie beim Einkauf von Erdbeeren und Gemüse aus dem südspanischen Andalusien, oder wenn im Winter Spargel aus Peru eingeflogen wird. Dann wird er von Konsument_innen und Organisationen attackiert.

Auch der Schweizerische Bauernverband hat seine Privilegien beim Großhandel und insofern Interesse, dass alles ziemlich gut abläuft und keine großen Wellen wirft. Die Großbäuer_innen wollen sich auf keinen Fall mit den Arbeitskräften solidarisch verhalten. Letztendlich ist es ein Klassenkampf zwischen denen, die »nur« ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen und den anderen, die diese in Anspruch nehmen. Und das ist auf der ganzen Welt so.

Was macht ihr, um das Wissen über Kämpfe um faire Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft zu streuen?

Anfang 2000 haben wir eine Plattform für sozial nachhaltige Landwirtschaft gegründet, der auch Migrationsgruppen, Gewerkschaften und bäuerlichen Organisationen angehören. Innerhalb dieser Plattform ha-



»WEIHNACHTSGELD FÜR ALLE!« LAUSANNE (SCHWEIZ), 15. 12. 2009: l'autre syndicat übergibt dem Präsidenten des Großen Rates (Legislative) des Kantons Waadt eine Petition mit 2.455 Unterschriften. Forderungen: ein 13. Monatslohn für Landarbeiter_innen und die Verbesserung des Arbeitnehmer_innenschutzes. Der Kanton Waadt ist der zweitgrößte Landwirtschaftsproduzent der Schweiz mit 4.600 Landarbeiter_innen. Die Petition wurde jedoch vom Parlament des Kantons Waadt am 31. August 2010 mit großer Mehrheit abgelehnt. Foto: l'autre syndicat

ben wir zum Beispiel die Verfassungsinitiative für Ernährungssouveränität durchgebracht; ein Konzept, das von der Via Campesina getragen ist und besagt, dass Landwirtschaft nicht über die Grenzen hinaus konkurrieren

Ob man Kleinbäuer_innen dazu bringen kann, für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen? Ich denke, das sollte möglich sein

ren soll, dass die Arbeits- und Produktionsbedingungen fair sein sollen, auf gentechnische Manipulation verzichtet, auf verkürzte Produktionswege geachtet wird usw. In der Initiative für Ernährungssouveränität, die hier hauptsächlich von UNITERRE, einer schweizerischen Bäuer_innengewerkschaft für nachhaltige Landwirtschaft, getragen wird, haben wir auch den gewerkschaftlichen Aspekt

verankert. Kontinuierlich findet die Auseinandersetzung z. B. innerhalb der Via Campesina statt. Das hat das allgemeine Gefüge der Via Campesina ein wenig verändert, zumindest in Europa. Via Campesina war ursprünglich ja eine Kleinbäuer_innennorganisation, heute fließt die Situation von Migrant_innen in der Landwirtschaft durchaus in die Diskussion mit hinein – wenn auch mit Mühe.

Den solidarischen Kampf für kleinbäuerliche Betriebe und gleichzeitig für gute Arbeitsbedingungen von Landarbeiter_innen zu führen, das erscheint erst einmal als Widerspruch: Die einen können sich die anderen gar nicht leisten.

Die Landwirtschaft steht unter Druck, denn die internationale Konkurrenz führt dazu, dass importiert wird und konkurriert wird. Ob man die Kleinbäuer_innen auf seine Seite ziehen kann, um für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen? Ich denke, das sollte möglich sein.

Es gibt allerdings so ein Standesdenken: Die Kleinbäuer_innen haben in den meisten Fällen gar keine Angestellten

außerhalb der Familie, aber es gibt da eine, würde ich sagen, fast komische Solidarität von den Kleinbäuer_innen bis hin zur industriellen Produktion. Zumindest in der Schweiz ist das der Fall, und das wird auch politisch ausgeschlachtet vom Schweizer Bauernverband und der politischen Rechten, der Schweizerischen Volkspartei, die eine starke Kraft auch innerhalb der Landwirtschaft darstellt.

oben her nach unten dirigiert wird, sondern dass sie auch von Aktivist_innen getragen wird, die die Mühe nicht scheuen, die verschiedenen Widrigkeiten und Gegensätze aufzudecken und publik zu machen. Das finde ich bemerkenswert.

www.lautresyndicat.ch
www.agrisodu.ch

Welche Eindrücke hast du von unserer Veranstaltung »Willkommen bei der Erdbeerernte! Ihr Mindestlohn beträgt...« in Wien mitgenommen?

Ganz ehrlich, die Tagung fand ich toll! Und zwar, dass sich um diese Fragen Leute zusammengetan haben, die aktiv und militant hinter der Sache stehen. Auch gut und interessant fand ich, dass die Gewerkschaft finanzielle Mittel bereitstellt, aber auch dass Räume und Telefonleitungen und Printmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Das finde ich unheimlich gut. Was mich vor allem sehr gefreut hat ist, dass ihr aufs Feld geht; dass die Sezonieri-Kampagne nicht eine Kampagne ist, die von

Von der Spargelernte und ausstehenden Löhnen

Im Jahr 2011 initiierte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in Kooperation u. a. mit dem Europäischen Verein für Wanderarbeiterfragen das Projekt »Faire Mobilität«. Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Transnationalisierung des Arbeitsmarkts sowie der Zunahme (temporärer) Migration aus den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas nach Deutschland wird derzeit im Rahmen von sechs Anlaufstellen bundesweit muttersprachliche Beratung und Unterstützung für Migrant_innen aus den angesprochenen Herkunftsländern angeboten. Begleitend hat »Faire Mobilität« 2014 unter dem Titel »Faire Landarbeit« eine Initiative im Bereich migrantischer Landarbeit gestartet. Die Projektträger_innen gehen davon aus, dass von den aktuell rund 1,1 Mio. Beschäftigten in der deutschen Landwirtschaft etwa 300.000 Saisonarbeitskräfte sind, die wiederum zu ca. 75 Prozent aus mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern kommen, allen voran aus Rumänien und Polen. **Vladimir Bogoeski** von der Beratungsstelle Faire Mobilität im DGB Bezirk Berlin-Brandenburg informiert im Interview mit **Markus Griesser** über die Hintergründe der Initiative.

Wie kamt ihr dazu, eine eigene Initiative im Agrarbereich zu lancieren?

Aus unserer Beratungsstatistik ging hervor, dass wir ganz wenige Anfragen aus dem Bereich Landarbeit bzw. Landwirtschaft hatten. Zugleich aber wussten

wir, dass viele migrantische mobile Arbeitnehmer_innen aus den osteuropäischen EU-Ländern in diesem Bereich tätig sind. Zudem gab es immer wieder Berichte in den Medien über ausbeuterische Verhältnisse in der Landwirtschaft. Zu der Zeit

haben wir zusammen mit einem Kooperationspartner des Projekts Faire Mobilität – nämlich dem Bündnis gegen Menschenhandel zum Zwecke der Arbeitsausbeutung, das ebenfalls ein Projekt unter der politischen Verantwortung des DGB ist, – versucht, ein Beratungsangebot für migrantische Arbeitnehmer_innen und mobile Beschäftigte in der Region Brandenburg zu schaffen. Konkret haben wir eine Beratungsstelle in Potsdam eingerichtet und dort einmal die Woche Beratung in der Muttersprache angeboten. Anfangs kamen nicht viele Ratsuchende. Deshalb dachten wir, wir machen dieses Angebot bekannter, indem wir Kontakt mit Gewerkschaften und Beratungsstellen in der Region aufnehmen. So bekamen wir mehr und mehr Hinweise auf Landarbeiter_innen.

Eure Schlussfolgerung war also, dass es offenbar nicht ausreicht, in den Gewerkschaftshäusern zu sitzen und darauf zu warten, dass die Leute den Weg in die Beratung finden, sondern dass ihr raus aufs Land und auf die Felder müsst ...

Genau so war das. Wir haben das auch analysiert und sind zu dem Schluss gekommen: Für Saisonarbeiter_innen in der Landwirtschaft müssen wir erst einmal aufsuchende Beratung organisieren. Wir fahren also aufs Land raus und suchen, wo

Wir kamen zu dem Schluss, dass wir aufsuchende Beratung organisieren müssten

die Unterkünfte und wo die Felder sind. Dort nehmen wir Kontakt zu den Menschen auf und sehen dann, ob es zur Beratung kommt. Zumindest wollten wir eine präventive Aktion einleiten, bei der wir informieren, wie die Arbeitsbedingungen sein sollten, was der Mindestlohn ist usw. 2014 gab es dann die Pilot-Aktion, wo wir noch einmal festgestellt haben, dass es diese Leute aus Osteuropa gibt, die dort auf den Feldern als Saisonkräfte arbeiten – und dass wir diese Aktion besser planen und strukturieren müssen, dass



»NEUE REGELN IN DER LANDWIRTSCHAFT«, BRANDENBURG (DEUTSCHLAND), SOMMER 2016: Bei einer Feldaktion in Brandenburg verteilen Aktivist_innen der Initiative Faire Landarbeit Informationsfolder und Arbeitszeitkalender in verschiedenen Sprachen an die Erntearbeiter_innen. Foto: Faire Mobilität

wir da wirklich Partner_innen finden sollten. Und erst dann kann es losgehen.

2015 passte auch gut, weil damals der letzte allgemein verbindliche Tarifvertrag für die Landwirtschaft umgesetzt wurde. Damit trat auch ein neuer Mindestlohn in Kraft – 2015 lag der in Ostdeutschland noch bei 7,20 Euro pro Stunde, 2016 sind es 7,90 Euro. Wir wollten sehen, ob diese Löhne tatsächlich bezahlt werden oder ob etwa Akkordzahlungen das Mindestlohnniveau nach wie vor unterlaufen.

Um sozusagen den Schritt ins Feld zu schaffen, habt ihr begonnen, Kontakte zu unterschiedlichen Akteur_innen in der Region aufzubauen.

Richtig, durch unsere bereits existierenden Netzwerke dachten wir als erstes an das PECO-Institut der Industriergewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), ein kleines Institut, das sich vor allem mit Projekten zu ökologisch, aber auch sozial nachhaltiger Landwirtschaft beschäftigt. Wir wussten, dass es hier Leute gibt, die schon in dem Thema drin und noch dazu an die IG BAU

angebunden sind. Deswegen haben wir das in diesem Kreis, bestehend aus Anlaufstelle Faire Mobilität, Bündnis gegen Menschenhandel und PECO-Institut, initiiert. In der Folge haben wir Anfragen an die einzelnen Kolleg_innen der IG BAU adressiert,

Wir wollten sehen, ob Akkordzahlungen das Mindestlohnniveau nach wie vor unterlaufen

also an die zuständigen Sekretär_innen für den sogenannten Grünen Bereich, das heißt für Land- und Forstwirtschaft, den Gartenbaubereich usw. Und so haben wir die gewerkschaftliche Unterstützung – zum Teil von Gewerkschaftssekretär_innen, die schon in der Rente sind – auch dabei gehabt. In den folgenden Jahren sind dann weitere Kooperationspartner_innen wie etwa das Berliner Beratungsbüro für entsandte Beschäftigte dazugekommen.

Und in dieser Konstellation habt ihr schließlich Folder in unterschiedlichen Sprachen mit Informationen zur aktuellen tarifvertraglichen und arbeitsrechtlichen Lage erstellt und an Erntehelfer_innen verteilt.

Genau. Bei den Foldern war es unser Anliegen, diese so einfach wie möglich zu gestalten, also mit den zentralen Punkten, auf die zu achten ist. Mittlerweile

Bei manchen Gewerkschaften gibt es jetzt Kolleg_innen, die osteuropäische Sprachen sprechen; immer noch selten, aber es ist die richtige Richtung

gibt es die Folder auf Polnisch, Bulgarisch, Rumänisch, Kroatisch und Ungarisch, und wir haben sie dann wirklich massenweise verteilt – an allen

möglichen Plätzen, wo wir wussten, dass Arbeitnehmer_innen aus den betreffenden Ländern sind. Also bei Unterkünften, direkt auf den Feldern, bei Supermärkten, wo die Leute einkaufen usw.

Dabei war uns klar, dass an den Tagen, an denen wir unterwegs waren, die Zeit zu knapp ist, um Beratung auf dem Feld anbieten oder Fälle lösen zu können. Diese Ausflüge dienten also nur zur ersten Kontaktaufnahme – und danach erwarteten wir, dass die Leute sich bei uns telefonisch melden oder auf anderem Weg Kontakt aufnehmen würden.

Du hast auf die zentrale Relevanz von Sprachkompetenzen hingewiesen, um mit den Beschäftigten direkt zu kommunizieren.

Ja, die Initiative hat deshalb so gut funktioniert, weil die Faire Mobilität-Berater_innen neben Deutsch zusätzlich eine oder mehrere osteuropäische Sprachen beherrschen. Deswegen fanden viele diese Initiative auch besser als vorherige, die zum Beispiel die Gewerkschaft mit Dolmetscher_innen gemacht hat. Die Kommunikation ist völlig anders, wenn kein

Dolmetscher dabei steht – da lässt sich ganz anders Vertrauen aufbauen.
Ich höre immer wieder, dass es bei manchen Gewerkschaften neuerdings auch Kolleg_innen gibt, die osteuropäische Sprachen sprechen. Das ist immer noch relativ selten, aber ich denke, das ist die richtige Richtung, in die sich das entwickelt.

Eine eurer Strategien ist die gezielte Einbindung von Medien.

Für die Kampagnenarbeit finden wir es wichtig, mediale Präsenz zu gewinnen, um die breite Öffentlichkeit dafür zu sensibilisieren, dass die Leute unter sehr schweren Bedingungen arbeiten, dass es Probleme wie Unterbezahlung, ausstehende Löhne, nicht registrierte Überstunden, mangelnde Transparenz bei der Aufzeichnung der Arbeitszeit und der Lohnabrechnung usw. gibt. Wir wollen, dass das wirklich als Problem thematisiert wird und zwar auf einem inhaltlich relevanten Niveau – nicht nur durch die Präsentation von Sensationsfällen. Dafür haben wir eng mit Journalist_innen zu-

sammengearbeitet. Wir hoffen auf einen positiven Effekt für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Also, dass am Ende

Unsere Schwerpunkte sind der Spargel, die Erdbeeren, dann die Gurken und im September die Äpfel

wirklich die Botschaft vermittelt wird, dass wir uns dafür einsetzen, dass auf der Basis von fairen Arbeitsbedingungen und Qualität produziert wird – und nicht auf der Basis eines möglichst niedrigen Preises der Arbeitskraft, wie das aktuell der Fall ist.

Wie steht es um eure Perspektiven für die kommenden Jahre?

Also erstmal finden wir es gut, dass die Aktion jedes Jahr organisierter und strukturierter durchgeführt werden kann, denn wir sind ja nur fünf Mo-

nate unterwegs: Wir fangen im Mai an und enden im September. Unsere Schwerpunkte sind dabei der Spargel, danach folgen die Erdbeeren, dann die Gurken und im September enden wir schließlich mit den Äpfeln. Mittlerweile läuft es auch deshalb viel besser, weil wir genau wissen, zu welchen Betrieben wir wollen, wo die Unterkünfte sind usw. Wir können also viel mehr Betriebe an einem Tag abklappern. Am Ende hoffen wir, eine Art Typologie der Betriebe machen zu können, die wir besichtigt haben. Also welche Bedingungen vorhanden waren, welche Verstöße am häufigsten vorkamen usw., um darüber die Missstände strukturierter darstellen zu können. Wir hoffen, dass wir das ein bisschen elaborierter in Form einer Studie aufstellen können. Und am Ende wollen wir eine Veranstaltung organisieren, wo wir die Sozialpartner_innen dabei haben – also Gewerkschaften und Bauernverbände –, wo wir uns über die ganze Situation austauschen und unsere Erfahrungen mit denen teilen. Weitergehende Pläne werden wir dann am Ende dieser Aktion entwickeln.

Faire Mobilität ist Projektarbeit. Sind aktuell Perspektiven für eine Verstetigung der entwickelten Strukturen und Ansätze erkennbar?

Viele Kooperationspartner_innen der Initiative sind zeitlich befristet und auf Projektbasis gefördert. Das ist ein Problem für die Nachhaltigkeit. Wenn diese Projekte auslaufen, wissen wir nicht, was mit der Initiative Faire Landarbeit passiert. Vielleicht wäre es besser, wenn diese Beratungsstellen irgendwann innerhalb der Gewerkschaften fix integriert würden, damit das wirklich aus den Gewerkschaften selbst heraus wirkt.

www.faire-mobilitaet.de

»La vostra lotta è la nostra lotta« – Euer Kampf ist unser Kampf

Seit 2011 sind Aktivist_innen in Italien im Netzwerk Campagne in Lotta aktiv, um Tagelöhner_innen – vorwiegend Migrant_innen –, die in der industriellen Landwirtschaft tätig sind, in ihrer Selbstorganisation zu unterstützen. Die Vernetzung mit Aktivist_innen und Kollektiven, Wissensarbeiter_innen, ehrenamtlichen Unterstützer_innen und kleinen Produzent_innen soll selbstbestimmte (Arbeits-)Kämpfe vorantreiben. Die drei Aktivist_innen **Lamin Camara**, **Irene Peano** und **Walter Iannuzzi** erläutern im Interview mit **Dieter A. Behr** und **Lisa Bolyos** Anliegen, Herausforderungen und Kampfansagen des Netzwerks.

Wie entstand Campagne in Lotta?

Irene Peano: Es gab zwei Aufstände in Rosarno, einem Ort in Kalabrien, bekannt für die Produktion von Zitrusfrüchten, – 2008 und einen viel radikaleren im Jänner 2010. Es war die Reaktion afrikanischer Arbeiter_innen auf körperliche Gewalt durch lokale Bewohner_innen. Doch schon zuvor gab es eine lange Serie von Gewalttaten gegen Leute, die schwerstens ausgebeutet

werden und in extremer Prekarität leben – in leerstehenden Gebäuden ohne Wasser und Strom. Nach den Aufständen schritt die Regierung ein, reagierte jedoch mit Ausweisungen von Arbeiter_innen. Rund hundert wurden nach Rom geschickt, konnten dort aber die Bahnhöfe verlassen und begannen – mit Unterstützung von Genoss_innen im sozialen Zentrum eXSnia – für Proteste zu mobilisieren. Sie waren erfolgreich: Alle erhielten Aufent-

haltungspapiere in Anerkennung der vorangegangenen Ausbeutungsverhältnisse. Dieser Kampf führte auch zur Gründung unseres Netzwerks.

Lamin Camara: Ich komme aus Gambia und bin seit 2014 Landarbeiter in Italien. Die Leute von Campagne in Lotta haben mitbekommen, dass die Bedingungen, unter denen wir leben, die Hölle sind. Ich habe sie kennengelernt, indem ich für sie übersetzt habe. Campagne in Lotta hat uns beigebracht, uns unserer Rechte bewusst zu werden, dass wir eine Gesundheitsversorgung brauchen und all diese Dinge, die uns in Italien zustehen. Wir kämpfen gemeinsam für unsere Unterkünfte, für Verträge und für bessere Transportmöglichkeiten.

Wo trifft ihr die Landarbeiter_innen? Welche Interessen können sie an Organisation haben? Wie seid ihr diese Herausforderungen angegangen?

Irene Peano: Ich würde von zwei zentralen Schwierigkeiten sprechen: einerseits das Vertrauen der Arbeiter_innen in das, was wir tun; andererseits die

Kontrollmechanismen in den Arbeitsstrukturen.

Wir arbeiten vorwiegend mit westafrikanischen Migrant_innen zusammen. Sie sind – aus verschiedenen Gründen – eher bereit zu kämpfen, weil sie bereits länger im Land sind. Gewissermaßen sitzen sie in Italien in der Falle, sie können, anders als z. B. rumänische Saisonarbeiter_innen, nicht schnell mal zurück in ihre Herkunftsländer reisen. Für die Arbeiter_innen war es nicht einfach, uns von Wohltätigkeitsinitiativen, NGOs, Journalist_innen, Forscher_innen und all den anderen zu unterscheiden, die letztlich für ihre eigenen Interessen aus Armut und Marginalisierung Profit schlagen und nichts als leere Versprechungen hinterlassen. Das dauerte eine ganze Weile.

Die andere Herausforderung betrifft die angesprochenen Kontrollmechanismen, wobei auch noch jede Menge Gewalt ins Spiel kommt. Hier ist klar zu sehen, wie der Staat und mafiöse Strukturen ineinanderfließen. Sehr oft werden Arbeiter_innen bedroht und davor gewarnt, sich zu organisieren, oder andernfalls den Job und somit ihre

Einkommensquelle zu verlieren. Beständig herausfordernd ist zudem, dass wir ein völlig selbst-finanziertes Netzwerk sind. Wir stoßen sehr oft an Grenzen von Zeit, Ressourcen und Energie.

Wie stellt sich die Überausbeutung konkret dar?

Walter Iannuzzi: Die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft sind sehr hart: Arbeitszeiten von zehn bis zwölf Stunden täglich, unter der brennenden Sonne; ein Akkordlohn bestenfalls um die 30 bis 35 Euro pro Tag. Es gibt auch Schwierigkeiten, an Wasser zu kommen, an Essen während der Pause – wenn es eine gibt. Das ist die größte Form von Gewalt: die Arbeit selbst.

Lamin Camara: Ich bin derzeit in Rosarno. Sowohl Arbeitszeiten als auch Bezahlung sind hier katastrophal, pro Stunde zahlen sie vielleicht 2,50 oder 3 Euro. Es gibt einen Platz, an dem wir jeden Tag auf die Bauern warten. Aber du musst Glück haben, denn da sind immer viel mehr Leute als Arbeit. Für Transport und Vermittlung musst du zahlen. Wenn du nach der Arbeit nach Hause kommst, dann ist das ein Zelt. Vor allem im Win-

ter ist das Wasser eiskalt, für warmes Wasser zum Duschen zahlst du 50 Cent pro Kübel. Sagen wir, du verdienst an einem Tag 25 Euro, dann kaufst du dir Wasser, etwas zu essen, vielleicht willst du deine Leute

Du verdienst an einem Tag 25 Euro, kaufst dir Wasser, etwas zu essen, willst deine Leute zu Hause anrufen – am Ende genügt das Geld nicht mal für die laufenden Ausgaben

zu Hause anrufen, und am Ende genügt das Geld nicht mal für deine wöchentlichen Ausgaben, wenn du vielleicht nur ein, zwei Tage Arbeit gefunden hast. Auch die Frage der Papiere ist sehr schwierig. Manche Leute haben Papiere, die sechs Monate gültig sind, manche für zwei oder fünf Jahre, manche haben überhaupt

keine Papiere. Arbeitsvertrag gibt es sowieso keinen, egal ob du Papiere hast oder nicht.

Irene Peano: Insbesondere Arbeiter_innen aus osteuropäischen Ländern werden oftmals die Pässe weggenommen. In vielen Fällen werden sie auch

Es sind dieselben Erfahrungen, von denen italienische Frauen sprechen, die bis in die 1990er Jahre selbst auf Feldern gearbeitet haben

geschlagen. Und es gibt regelmäßig Erzählungen von Frauen, dass sie sexueller Belästigung ausgesetzt sind und auch vergewaltigt werden. Rumänische Frauen erzählen immer wieder, dass sie gezwungen werden, mit ihrem Boss zu schlafen. Klar, es gibt Abstufungen von Gewalt. Es gibt auch Arbeitgeber, die Frauen berühren oder ihre kurzen Hosen bei der Arbeit kommentieren. Letztlich sind es die-

selben Erfahrungen, von denen italienische Frauen zu berichten wissen, als sie bis in die 1990er Jahre selbst auf Feldern gearbeitet haben. Manche tun das noch heute, aber zumeist sind es jetzt osteuropäische Frauen.

Mit welchen Methoden kämpft ihr für eure Ziele?

Lamin Camara: Dieses Jahr am 9. Mai war ich bei einer Demonstration in Foggia (Apulien) dabei. Wir haben Plakate geschrieben: »La vostra lotta è la nostra lotta!« – Euer Kampf ist unser Kampf, das heißt: Rosarno kommt zu der Demonstration in Foggia und solidarisiert sich. Denn eine gute Organisation in Foggia führt auch zu einer guten Organisation in Rosarno.

Walter Iannuzzi: Wir führen Kämpfe um ganz grundsätzliche Rechte wie Aufenthaltspapiere, Transport, Unterkunft, Arbeitsverträge und alles, was die Arbeit betrifft, und andererseits um sehr spezielle Anliegen einzelner Arbeiter_innen oder kleiner Gruppen. In den letzten Jahren haben wir mehrere Mobilisierungen durchgeführt – Demonstrationen, Besetzungen von Straßen, symbolische Beset-



»AN EUREM MADE IN ITALY KLEBT UNSER BLUT!« FOGGIA (ITALIEN), 25. 8. 2016: 400 migrantische Landarbeiter_innen blockieren sechs Stunden lang die Tore von zwei der größten Tomatenverarbeitungsfabriken Europas. Sie fordern Aufenthaltspapiere für alle Arbeiter_innen und die Einhaltung von Kollektivverträgen. Viele LKW-Fahrer_innen zeigen sich solidarisch. Es gelingt, ein gemeinsames Treffen mit Ausliefer- und Bäuer_innenverbänden sowie mit dem Polizeipräsidenten der Provinz Foggia durchzusetzen. Foto: Comitato Lavoratori delle Campagne

zungen verschiedener Orte.

Könnt ihr die Strategie von direkter Aktion und Blockaden genauer erklären?

Walter Iannuzzi: Es waren die Arbeiter_innen, die Druck gemacht haben, damit wir in diesen Demonstrationen ein höheres Konfliktniveau haben.

Die Arbeiter_innen haben gesagt: Blockieren wir die Straßen und schaffen wir ein reales Problem für die Stadtregierung, oder sie wird uns nicht zuhören

Wir haben uns in Bezug auf einige ungelöste Probleme mit Polizeikommissariaten und der Präfektur getroffen, und als von z. B. der Regionalregierung keine Antworten kamen, waren die Arbeiter_innen die ersten, die gesagt haben: Blockieren wir die Straßen, denn entweder

schaffen wir ein reales Problem für die Stadt und die, die sie regieren, oder sie werden uns nicht zuhören. Das hat tatsächlich funktioniert.

Irene Peano: Wir wollen Strategien für Selbstverteidigung und Empowerment verbreiten. Es ist gelungen, dass es mehr Bündnisse von Arbeiter_innen gibt, die gemeinsam ihre Löhne einfordern. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Arbeiter_innen über den juristischen Weg oft schlecht wegkommen. Die direkten Aktionen waren weit effektiver, ebenso Demonstrationen – insbesondere, wenn es um Forderungen nach Aufenthaltspapieren ging. Seit September 2015 haben wir fünf Demonstrationen und zwei Streikposten organisiert. Wir haben eine Art Übereinkunft mit den Polizeibehörden für Papiere für undokumentierte Migrant_innen erreicht. Sie geben jetzt auch Aufenthaltskarten für Personen aus, die nicht in richtigen Häusern leben und keinen Mietvertrag haben – auch sie müssen ein Recht auf einen Aufenthalt haben.

Walter Iannuzzi: Der größte Teil der Arbeiter_innen, mit denen wir in Kontakt sind, ist im

Tomatenanbau beschäftigt. Hier betreiben wir auch viel Recherche: nicht nur zu Produktionsverhältnissen, sondern auch zu Transportwegen, verarbeitenden Fabriken, Vertrieb – ausgehend von Foggia bis in andere Länder, um zu verstehen, wie alles auf der transnationalen ökonomischen Ebene funktioniert. Wir fragen uns, wie Streiks zu organisieren wären, die die ganze Produktionskette, die strategischen Punkte der logistischen Kette blockieren und in Folge wirklich weh tun können, um ein besseres Kräfteverhältnis für die Arbeiter_innen zu garantieren.

Campagne in Lotta basiert auf einer sehr breiten Vernetzung. Mit wem kooperiert ihr?

Irene Peano: Wir kommen aus sozialen Bewegungen, d. h. wir kämpfen gegen die Prekarisierung unserer Leben in allen Aspekten. Wir haben mit sehr unterschiedlichen Akteur_innen zusammengearbeitet, von Priestern bis Anarchist_innen. Auch wenn wir vorurteilsfrei herangehen, ergeben sich verschiedene Schwierigkeiten, missverstanden zu werden, weil wir in keine

Schublade passen. Auch Auseinandersetzungen um Geschlechterverhältnisse sind natürlich Thema. Wir sind zudem auf eine sehr mobile Form der Organisation angewiesen, schließlich haben wir es überwiegend mit saisonaler Arbeit zu tun. In den letzten Jahren aber, etwa seit dem Krieg in Libyen, werden die bereits angesprochenen Barackensiedlungen größer und sind das ganze Jahr über bewohnt. Das ermöglicht auch uns mehr kontinuierliche Präsenz an diesen Orten. Im vergangenen Jahr sind wir ständig nach Foggia gefahren und konnten sehen, dass in den wichtigsten afrikanischen und Roma-Siedlungen – und davon gibt es viele in Foggia – Selbstorganisationsprozesse stattfinden. Sie organisieren Versammlungen, diskutieren ihre Anliegen, gründen ihre Organisationen. Das ist schließlich der Sinn unseres Tuns: Wir wollen sie nicht in ihren Kämpfen vertreten.

www.campagneinlotta.org

Keine Macht ohne Organisierung

Die größte Gewerkschaft Irlands – Services Industrial Professional and Technical Union (SIPTU) – setzt seit zehn Jahren auf Migrant_innen(selbst)organisierung und Netzwerkbildung. Sie hat damit nicht nur die eigene gewerkschaftliche Praxis radikal geändert, sondern auch die Verhandlungsmacht im Niedriglohnsektor Landwirtschaft erfolgreich ausgebaut. **Lisa Bolyos sprach mit Gerry McCormack, dem Vorsitzenden des Fachbereichs Produktion, über gewerkschaftliche Lernprozesse und die Organisierung von Migrant_innen in der Landarbeit.**

Wie sieht die landwirtschaftliche Produktion in Irland aus?

Landwirtschaft ist der zweitgrößte Wirtschaftssektor des Landes mit 170.000 Erwerbstätigen und etwa 13 Milliarden Euro Wirtschaftsleistung im Jahr. SIPTU ist in allen großen Betrieben vertreten – Milchwirtschaft, Fleisch, Geflügel und Gartenbau –, das ist eine gut organisierte Branche.

Wieviele Mitglieder habt ihr?

SIPTU hat ungefähr 180.000 Mitglieder. Es handelt sich um eine branchenübergreifende Ge-

werkschaft mit zwei Fachbereichen im öffentlichen Dienst und zwei im Privaten Sektor – Produktion und Dienstleistungen. Wir haben 37.000 Mitglieder in der Produktionsbranche, zu der Landwirtschaft, Getränke- und Lebensmittelproduktion, Chemie, Pharmaindustrie, Medizintechnik und elektronische Industrie gehören.

Ihr habt in der Pilzproduktion eine eigene Kampagne gemacht. Worum ging es da genau?

SIPTU hat 2009 eine Kampagne gestartet, um die Organisierung

voranzutreiben und die Lohn- und Arbeitsbedingungen der migrantischen Pilzarbeiter_innen zu verbessern. Die Arbeiter_innen in der Pilzproduktion werden in hohem Maß ausgebeutet – sie sind zu 95 % migrantisch, zu 95 % weiblich, und kaum eine_r spricht Englisch. Sie arbeiten 70, 80, 90 Stunden in der Woche, leben in Wohnwagen, und die Pilzproduktion läuft 7 Tage die Woche, 52 Wochen im Jahr. Das heißt Wochenendarbeit, Nacharbeit und so weiter. Nach dem Beitritt zur EU begannen wir eine größere Zahl an Migrant_innen zu organisieren, weil sie jetzt die Freiheit hatten, von Arbeitgeber_in zu Arbeitgeber_in zu wechseln. Einige, die Englisch sprachen, kamen nach und nach zur Gewerkschaft. Sie hatten furchtbare Geschichten zu erzählen. Für uns bestand die moralische Verpflichtung, eine Kampagne zu starten. Damals hatten wir bereits Gewerkschaftsfunktionär_innen aus Litauen, Lettland, Polen und Estland in der Gewerkschaft, was für die Kampagne sehr nützlich war. Zu allererst haben wir dasselbe getan wie ihr in Österreich, wir haben die Arbeiter_innen über ihre Arbeitsrechte aufgeklärt.

Pilzproduzent_innen beliefern große Firmen wie Tesco, also haben wir die »Ethical Trading Initiative« (Initiative für ethischen Handel) angesprochen, und ebenso migrantische Gruppen

Arbeiter_innen in der Pilzproduktion arbeiten bis zu 90 Stunden die Woche

in Dublin, und auch die machten bei der Kampagne mit. Anstatt in die Betriebe zu gehen, haben wir die Arbeiter_innen bei ihnen zu Hause getroffen. Als wir eine ausreichend große Anzahl in der Gewerkschaft organisiert hatten, haben wir die wichtigsten Arbeitgeber_innen-Organisationen konfrontiert und sind an die Medien gegangen. Die Firmen hatten Angst um ihr Geschäft, also haben sie sich bereit erklärt, einen rechtlich bindenden Kollektivvertrag für die Branche zu verhandeln.

Sind Kollektivverträge nicht immer rechtlich bindend?

In Irland sind sie normalerweise freiwillig. Aber in dieser Situ-



»RESPECT THE REC(OMMANDATION)!« BIRR (IRLAND), 26. 8. 2013:
Drei Monate lang, jeweils zwei volle Tage die Woche, bestreikten die Arbeiter_innen von Milne Foods ihren Betrieb. Die Firma, die im Catering öffentlicher Institutionen tätig ist, weigerte sich, Lohn- und Arbeitsbedingungen mit der Gewerkschaft zu verhandeln und den Empfehlungen des Arbeitsgerichts nachzukommen. Der Protest ging von den mehrheitlich litauischen und lettischen Arbeiter_innen aus und endete mit einer Lohnerhöhung. Foto: Evelina Saduikyte

ation sind so viele Leute der Gewerkschaft beigetreten, dass der Druck hoch genug war und die Arbeitgeber_innen einem verbindlichen Kollektivvertrag zugestimmt haben. Wir haben uns auf eine Mindestarbeitszeit von 40 Stunden geeinigt und ein Maximum von 48, was gesetzlich vorgegeben ist. Wir haben den Zugang zu Lohn, Gesundheit und Arbeitssicherheit verbessert und Schulungen angeboten. Wir befinden uns jetzt gerade auf der zweiten Stufe der Kollektivvertragsverhandlungen mit der gesamten Branche.

Ist eine Gewerkschaftsmitgliedschaft Voraussetzung, um rechtlich unterstützt zu werden?

Ja, man muss Mitglied sein und hat von Tag eins Anspruch auf rechtliche Unterstützung.

In der SIPTU gibt es zwei Vollzeitbeschäftigte für die Organisierung von Migrant_innen.

Evelina Saduikyte aus Litauen ist im Fachbereich Produktion tätig und kümmert sich um das »Migrant & International Workers Support Network« (das Netzwerk zur Unterstützung

migrantischer und internationaler Arbeiter_innen). Joanna Ozdarska aus Polen macht dasselbe für den Bereich Dienstleistungen. Das »Migrant & International Workers Support Network« wurde aufgebaut, um migrantische Arbeiter_innen darin zu stärken, sich und ihre Communities zu unterstützen und ihre vollwertige Teilhabe in der Gewerkschaft zu sichern. Evelinas und Joannas Arbeit ist das Bewerben und Organisieren des Netzwerks, aber sie sind keine »Organiser«.

Wir haben eine eigene Organising-Abteilung in der Gewerkschaft, das »Strategic Organising Department«. Dort liegt die Verantwortung für die Organisierung der Arbeiter_innen; natürlich organisieren wir auch, alle haben diese Aufgabe, aber das »Strategic Organising Department« macht Kampagnen in allen Fachbereichen. In der Produktion organisieren sie im Moment Migrant_innen in der Geflügelindustrie.

Hat migrantische Organisierung in der SIPTU Tradition?

Es gibt eine Verpflichtung, migrantische Arbeiter_innen zu organisieren. Wo Arbeiter_innen

ausgebeutet werden, denk ich, dass eine Gewerkschaft alles in ihrer Macht stehende tun muss, um sie zu schützen. Wir organisieren migrantische Arbeiter_innen seit zehn Jahren. Wir haben Funktionär_innen aus Litauen, Polen, Estland und Lettland, die genau dafür angestellt wurden.

Wo die meisten Migrant_innen arbeiten, ist die Gewerkschaft am wenigsten organisiert

Wir hatten das Problem, dass genau dort, wo die meisten Migrant_innen arbeiten, der Grad der gewerkschaftlichen Organisation am niedrigsten ist. Also war uns klar, dass wir mit der Organisation nicht am richtigen Weg waren. Und auch wenn die »Mushroom-Kampagne« erfolgreich war, ist das noch lange nicht die richtige Antwort, denn auf die Art musst du ständig von Neuem beginnen: Die Arbeiter_innen verlassen das Land, die Kommunikation reißt

ab und wir haben wieder dasselbe Problem. Also haben wir beschlossen, die Sache anders anzugehen; darum eben der Aufbau des Netzwerks.

Wann habt ihr erkannt, wie wichtig die Organisation von Migrant_innen ist?

Während des Wirtschaftsaufschwungs haben irische Arbeiter_innen der Lebensmittelindustrie den Rücken gekehrt und sind zur Bauindustrie gewechselt, wo Lohn- und Arbeitsbedingungen viel besser waren. Die Fleischindustrie war vorher quasi voll organisiert; die Arbeitsbedingungen waren sehr gut. Innerhalb von fünf Jahren wurde der Lohn von durchschnittlich 13 Euro auf den Mindestlohn von damals 7,15 die Stunde reduziert. Und der Grund war einfach, dass die Gewerkschaft die Arbeiter_innen nicht ordentlich organisiert hat. Es war halt leichter, im öffentlichen Sektor zu organisieren; und das war unser großer Fehler.

Ist Rassismus innerhalb der Gewerkschaft ein Thema?

Ja. Es gibt diese Ansicht: Wir zahlen unseren Mitgliedsbeitrag

und ihr seid dazu da, Kollektivvertragsverhandlungen zu führen, wir wollen nicht, dass ihr eure Ressourcen an Migrant_innen vergebt. Aber genau das war eben das Desaster. Die Hotelindustrie in Irland war fast durchgehend organisiert, Fleischindustrie – organisiert. Und heute arbeiten da fast nur Migrant_innen und fast alle zum Mindestlohn. Wir möchten verhindern, dass das noch einmal passiert. Auch wenn Migrant_innen denken, sie bleiben eh nur für zwölf Monate hier – wenn sie niedrige Löhne akzeptieren, werden alle Arbeitgeber_innen die Löhne für alle Arbeiter_innen runterschrauben. Also versuchen wir sie aufzuklären, und alle ändern Leute ebenso. Unser Fokus ist jetzt der Organisationsgrad. Wenn du einen niedrigen Grad der Organisation hast, hast du auch keine Macht. Die andere Schwierigkeit ist die einsetzende Verdrängung: Erst wurden die irischen Arbeiter_innen verdrängt, und jetzt die migrantischen, die sich hier niedergelassen haben. Die Leute aus Polen und Litauen werden durch jene aus Bulgarien und Rumänien ersetzt. Wir denken, das liegt daran, dass die Arbeit-

geber_innen südeuropäische Arbeiter_innen leichter ausbeuten können, weil die wiederum ihre Rechte nicht kennen und die englische Sprache nicht sprechen. Wir beobachten eine zweite Phase dessen, was wir das »Wettrennen nach unten« nennen. Und wir versuchen das aufzuhalten, bevor es überhaupt beginnt.

Wie erreicht ihr die migrantischen Arbeiter_innen am besten?

Zuerst mussten wir mal kapiere, warum Migrant_innen der Gewerkschaft nicht im gleichen Maße beitreten wie irische Arbeiter_innen. Wir haben also eine Konferenz organisiert und migrantische Arbeiter_innen zusammgebracht, dazu NGOs, migrantische Gruppen, die Botschafter_innen der betreffenden Länder – und wir haben ihnen vier simple Fragen gestellt: Was macht SIPTU als Gewerkschaft für migrantische Arbeiter_innen richtig? Was machen wir nicht gut? Was sollten wir machen, um die Situation zu verbessern? Was müssen Migrant_innen selbst tun, um ihre Situation zu verbessern? Wir haben ungefähr 300 Antworten auf diese Fra-

gen bekommen, und aus diesen Antworten haben wir einen Plan entwickelt, und daraus ist das Netzwerk entstanden.

Das Problem mit den Gewerkschaften ist, dass sie vor Regeln und Bestimmungen nur so strotzen. Es ist sehr schwer, Leute in eine Gewerkschaft reinzuholen. Also haben wir beschlossen, unsere gewohnten Abläufe für die

Wenn Migrant_innen sich selbst organisieren, ist das der Schlüssel zu guter Organisation schlechthin

Organisation von Migrant_innen komplett über den Haufen zu werfen. Was wir jetzt machen, ist Organisation in den Communities. Zu allererst bringen wir die migrantischen Aktivist_innen zusammen.

Und dann schulen wir sie darin, sich optimal um sich selbst zu kümmern.

Wichtig ist dabei, dass die Schulungen keine traditionel-

len Gewerkschaftsschulungen sind, und dass sie außerhalb von Dublin stattfinden, in Kleinstädten, wo die Aktivist_innen auch einmal übernachten. Wir gehen Abendessen, lernen einander kennen, bauen, was sehr wichtig ist, Barrieren ab – und dabei können ein, zwei Drinks ja durchaus hilfreich sein. So bauen wir ein Aktivist_innen-Netzwerk quer durchs ganze Land auf. Wir gehen in die Communities, egal ob das nun Kirchen, Betriebe, Fabriken sind. Wir gehen überall dorthin, wo Migrant_innen zusammenkommen. Und was wir uns davon erhoffen ist, dass diese Migrant_innen Gewerkschaftsfunktionär_innen werden. Weil egal aus welchem Land du kommst, und egal wie die Arbeitnehmern_innengesetze aussehen: Wenn Migrant_innen sich selbst organisieren, ist das, denke ich, der Schlüssel zur guten Organisation schlechthin.

www.siptu.ie

www.siptumanufacturing.ie

www.facebook.com/SIPTU-MigrantAndInternationalWorkersSupportNetwork

Raus aus den Büros! Mit mehrsprachiger Beratung

Die österreichisch-ungarische Grenze ist eine von jenen in der Europäischen Union, an denen das Lohngefälle am größten ist. Im österreichischen Burgenland kommen 80 Prozent der ausländischen Arbeitnehmer_innen aus Ungarn. Sie arbeiten in allen Branchen – im Handel, in der Gastronomie, im Transport, im öffentlichen Dienst, in der Landwirtschaft. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs gibt es grenzübergreifende gewerkschaftliche Zusammenarbeit. **Bertold Dallos**, seit 2007 beim Österreichischen Gewerkschaftsbund, ist in der Administration des Projekts »Mehrsprachige Beratungsstelle im Grenzraum« (MIG) tätig, das den »Interregionalen Gewerkschaftsrat« (IGR) abgelöst hat. Interview: **Lisa Bolyos**

In ganz Europa gibt es etwa fünfzig Interregionale Gewerkschaftsräte. Wie wurde der IGR an der ungarisch-österreichischen Grenze gegründet?

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 gab es erste ungarische Arbeitnehmer_innen in Österreich, sehr viele unter ihnen ohne Dokumente. Es kam bereits zu dieser Zeit zu ersten Kontaktaufnahmen zwischen den Gewerkschaften in Ungarn und Österreich. Diese Zusammenar-

beit wurde zehn Jahre später als interregionaler Gewerkschaftsrat institutionalisiert. Der IGR hatte neben Kooperation und Erfahrungsaustausch in erster Linie Monitoringfunktion für die Entwicklungen am Arbeitsmarkt und sollte Maßnahmen entwickeln, um negative Auswirkungen zu verhindern.

Welche Auswirkungen sind das konkret?

Wir sprechen an dieser Grenze von einem der größten Lohnge-

fälle in der Europäischen Union; die Lohnunterschiede zwischen Ungarn und Österreich liegen je nach Branche bei 1:3 bis 1:5. Das motiviert natürlich dazu, in Österreich zu arbeiten – auch unter dem Niveau des Kollektiv-

Lohn- und Sozialdumping wird immer von Arbeitgeber_innen betrieben – und nicht von Arbeitnehmer_innen

vertrags. Zusätzlich wissen die meisten Arbeitnehmer_innen nicht, wie viel Lohn und welche Zuschläge ihnen zustehen, dass es Weihnachts- und Urlaubsgeld bzw. zulässige Arbeitszeiten gibt, und sie sprechen die Sprache nicht, sodass sie Dokumente unterschreiben, die sie nicht verstehen. Die Arbeitgeber_innen sagen, »Unterschreib', sonst gibt es keinen Lohn!«, und erst im Nachhinein wird klar, dass das eine Verzichtserklärung oder eine einvernehmliche Auflösung des Dienstverhältnisses war. All

das führt zu sehr starkem Lohn- und Sozialdumping, was sich sowohl auf das Niveau der arbeits- und sozialrechtlichen Standards in Österreich auswirkt, als auch auf die wirtschaftliche Entwicklung in Ungarn, die wegen der Abwanderung von Fachpersonal stagniert.

Das klingt ein bisschen danach, als würden die Arbeitnehmer_innen die Verantwortung tragen.

Viele denken – und so wird es auch von vielen Medien vermittelt –, das Problem wären die ausländischen Arbeitnehmer_innen, weil sie sich als billige Arbeitskräfte anbieten. Das stimmt natürlich nicht. Wenn jemand Lohn unter dem Kollektivvertrag akzeptiert, tut er das nicht von selbst, sondern weil er Druck verspürt. Druck, den Arbeitsplatz zu verlieren oder direkten Druck vom Arbeitgeber, der sagt, ich zahle euch so viel oder ihr sucht euch was anderes. Es sind immer die Arbeitgeber_innen, die das Lohn- und Sozialdumping aktiv betreiben – das wird oft vergessen und stattdessen Hetze gegen die Arbeitnehmer_innen gemacht.

Was setzen die gewerkschaftlichen Projekte im Grenzraum diesem Problem entgegen?

Wir informieren die Arbeitnehmer_innen über ihre Rechte und darüber, wie sie die geltend machen können. Eine der wichtigsten Maßnahmen ist die muttersprachliche Beratung, die 2004 gestartet wurde – mit großem Erfolg. Zuletzt hatten wir in dem Projekt »IGR – Zukunft im Grenzraum« insgesamt fünf Personen auf österreichischer und zwei auf ungarischer Seite in der Beratung. Zwischen 2008 und 2015 haben wir fast 80.000 Beratungen durchgeführt. Nachdem das Nachfolgeprojekt MIG finanziell weniger hoch dotiert ist, beschränken wir uns auf die arbeitsrechtliche Beratung und vermitteln andere Anliegen an entsprechende Beratungsstellen.

Warum ist die muttersprachliche Beratung nicht in die Gewerkschaft integriert?

Das ist nicht ganz einfach. Einerseits spielt die ungarischsprachige Beratung in der Region eine sehr große Rolle, was dafür sprechen würde, sie zu integrieren. Andererseits aber machen die finanziellen Mittel

für unsere Arbeit – Personalkosten von derzeit vier Berater_innen – einen erheblichen Teil des Gesamtbudgets der Landesorganisation aus; diese Tätigkeiten zu integrieren ist finanziell nicht tragbar, darum sind wir zufrieden, solange es externe Finanzierung – derzeit vom Land Burgenland und dem Sozialministerium – gibt. Sollte das nicht mehr der Fall sein, müssen wir ohnehin sehen, wie wir die ungarischsprachige Beratung weiterhin aufrechterhalten können.

Macht ihr auch mobile Beratung?

Zu 80 Prozent findet die Beratung in unseren Häusern in Neusiedl, Eisenstadt und Oberwart statt, darüber hinaus gehen wir aber auch in die Betriebe. Oft sprechen die Leute im Betrieb ihre Probleme zwar nicht offen an, aber sie erfahren dort von unserer Arbeit und melden sich später. In den früheren Projekten haben wir auch in Ungarn Beratungstage abgehalten – in Städten entlang der Grenze. Wir haben zum Beispiel vor der Arbeitsmarktöffnung eine Art »Roadshow« gemacht, sind die Grenze entlanggefahren

und haben auf den Hauptplätzen der Städte Station gemacht. Ziel dieser »Roadshow« war eine Aufklärung der Arbeitneh-

Wenn die Gewerkschaft den Organisationsgrad erhöhen will, muss sie die Sprachen der Belegschaft sprechen

mer_innen über die Beschäftigung in Österreich, denn vor der Arbeitsmarktöffnung herrschte in Ungarn Aufbruchstimmung, und viele Menschen waren auf die Herausforderungen und Gefahren nicht vorbereitet.

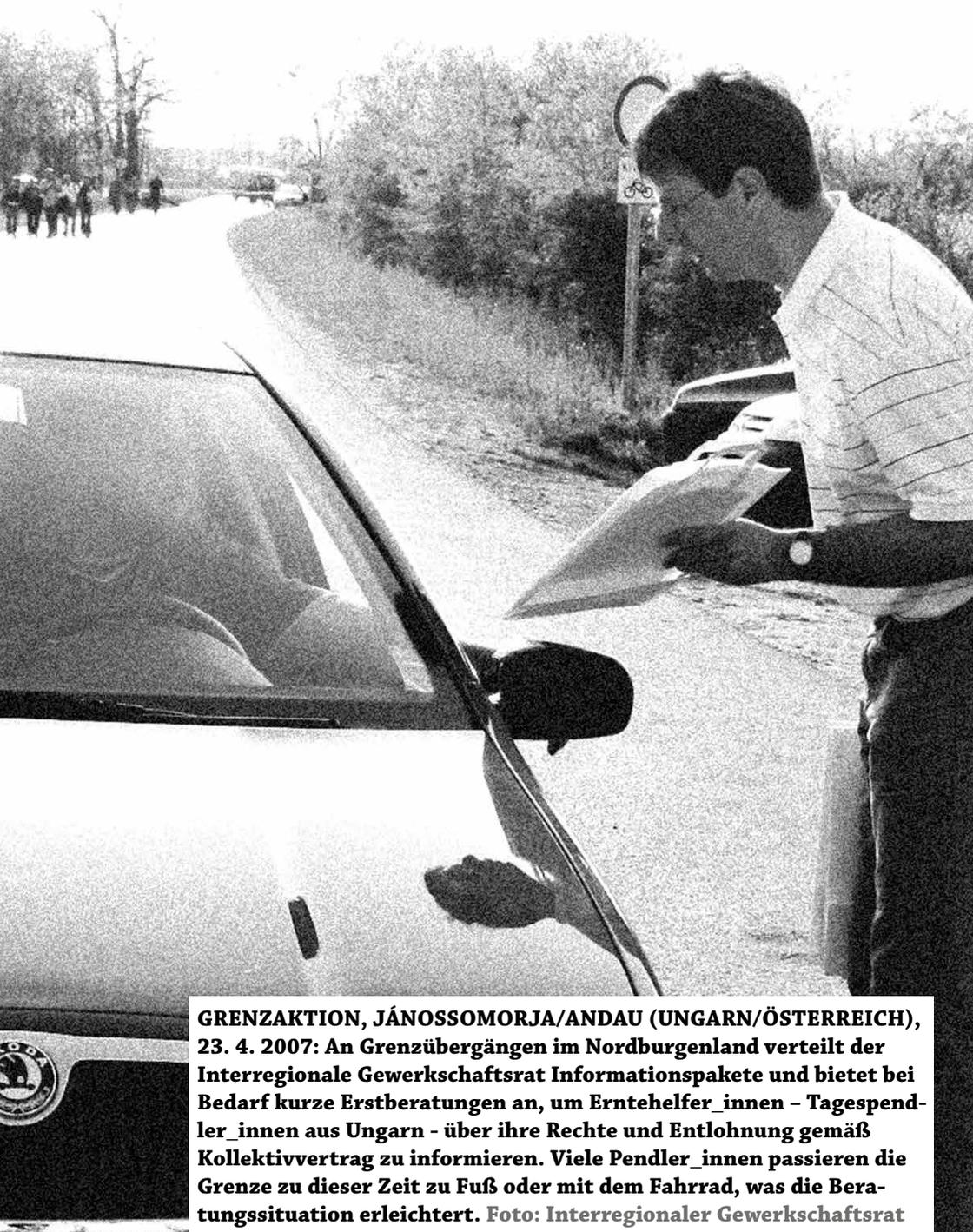
Rausgehen aus den Büros – das ist eine Beratungsform, die für die Gewerkschaft generell wünschenswert wäre.

Es bringt natürlich sehr viel, direkt zu den Leuten zu gehen. Der zentrale Aspekt ist dabei, Beratung in der Muttersprache

anzubieten. Im Burgenland haben das mittlerweile auch Fachgewerkschaften in ihre Praxis aufgenommen – die Gewerkschaft Bau-Holz und die Produktionsgewerkschaft haben jeweils zweisprachige Gewerkschaftssekretär_innen, die Anzahl der Beratungsfälle ist dementsprechend in die Höhe geschossen. Das gilt für alle Fachgewerkschaften: Wenn die Belegschaft zu einem Großteil aus ausländischen Arbeitnehmer_innen besteht und die Gewerkschaft den Organisationsgrad aufrechterhalten oder erhöhen will, ist es sehr wichtig, die entsprechenden Sprachen zu sprechen. Wir beraten neben Ungarisch mittlerweile auch auf Rumänisch, was wir bislang aber nur auf monatlicher Basis anbieten; es wäre sicher nötig, das auszuweiten.

Was sind die häufigsten Anliegen in der Beratung?

Arbeitszeit, richtige Entlohnung und Kündigung. Viele Arbeitnehmer_innen kommen erst, wenn das Dienstverhältnis beendet ist. Wir versuchen sie davon zu überzeugen, sich schon im Vorhinein beraten zu lassen – denn oft verjähren Ansprüche und manche haben vielleicht



GRENZAKTION, JÁNOSSOMORJA/ANDAU (UNGARN/ÖSTERREICH), 23. 4. 2007: An Grenzübergängen im Nordburgenland verteilt der Interregionale Gewerkschaftsrat Informationspakete und bietet bei Bedarf kurze Erstberatungen an, um Erntehelfer_innen - Tagespendler_innen aus Ungarn - über ihre Rechte und Entlohnung gemäß Kollektivvertrag zu informieren. Viele Pendler_innen passieren die Grenze zu dieser Zeit zu Fuß oder mit dem Fahrrad, was die Beratungssituation erleichtert. Foto: Interregionaler Gewerkschaftsrat

im Wert von mehreren Tausend Euro gearbeitet, die sie nicht mehr einfordern können.

Wenn man nicht bis zur Kündigung wartet, ist die Angst, nicht weiter beschäftigt zu werden, oft berechtigt.

So ist es. Vor allem in Bereichen wie der Landwirtschaft, in denen keine Fachqualifizierung nötig ist und wirklich jede_r ohne lange Einlernphase eingestellt werden kann. Oft erfolgt keine oder nur eine geringfügige Anmeldung, und das bedeutet, dass die Arbeitnehmer_innen keine Kranken- und Pensionsversicherung haben. Es gibt sehr viele Betriebe, die das sozusagen systematisch machen. Es gibt mittlerweile eine Generation, die so lange in Österreich gearbeitet hat, dass sie auch in Österreich in Pension gehen könnte, und viele kommen jetzt drauf, dass sie nicht oder zu wenig angemeldet waren, und dass ihre Pension letztlich zum Überleben zu wenig ist. Es ist eine wichtige Aufgabe, die ungarischen Arbeitnehmer_innen dahingehend zu sensibilisieren, dass sie Lohndumping erkennen und sich über die Folgen im Klaren sind. Und sie natürlich dabei zu unterstützen, es nicht

zu dulden, sondern sich dagegen zu wehren.

Wie erreicht Ihr Leute, die in der Landarbeit tätig sind?

Das ist der schwierigste Bereich, und deswegen ist es auch gut, dass es die Sezonieri-Kampagne gibt, die diese Branche so explizit angeht. Früher, als es noch die Schengen-Grenze gab, haben wir es sozusagen leichter gehabt, weil die Leute die Grenze zu Fuß passiert haben und dort immer anzutreffen und anzusprechen waren. So konnten wir ihnen am Arbeitsweg Infomaterial geben, und die Leute hatten Zeit und die Möglichkeit, ohne die Arbeitgeber_innen ihre Situation zu schildern und sich zu informieren. Nach und nach kommen die Leute dann in die Beratung – bei uns im Burgenland ist Neusiedl die Region, in der es sehr viele landwirtschaftliche Betriebe gibt, und die dortige Beratungsstelle wird zum Großteil von landwirtschaftlichen Arbeitnehmer_innen aufgesucht.

Gibt es auch österreichische Betriebe, die in Ungarn Land besitzen und die arbeitsrechtlichen Bedingungen ausnützen?

Es gibt mittlerweile fast alles: Wir treffen auf österreichische Firmen, die sich in Ungarn ansiedeln, von dort aus nach Österreich entsenden und dadurch Lohn- und alle anderen Kosten einsparen wollen. Das kommt bei Transportfirmen oft vor. Oder es gibt ungarische Firmen, die in Österreich z. B. ein Restaurant aufmachen, sie nehmen ungarische Arbeitnehmer_innen auf und »vergessen« irgendwie darauf, dass es in Österreich andere arbeitsrechtliche Regelungen gibt; die Arbeitnehmer_innen werden dann irgendwo in der Mitte entlohnt, etwas mehr als in Ungarn, aber bei Weitem nicht auf österreichischem Niveau.

Vor dem Arbeitsgericht ist das doch ein klarer Fall von Lohndumping?

Ja, natürlich. Wir müssen aber erst einmal draufkommen, es beweisen und auch über die Grenze hinweg einfordern können! Aber einerseits wissen viele Arbeitnehmer_innen nicht, was ihnen zusteht. Das ist vor allem bei Entsendung der Fall: Sie wissen nicht, dass sie, solange sie in Österreich arbeiten, nach österreichischem Recht entlohnt

werden müssen. Und das zweite ist natürlich, dass sie, auch wenn sie es wissen, oft Angst vor Jobverlust haben. Diese Angst muss zuerst überwunden werden.

Das klingt wenig optimistisch.

Ja, gerade in der Landwirtschaft hat sich die Situation über die Jahre nicht so sehr verbessert, wie wir das erhofft hätten. Aber ich glaube, aufzugeben wäre das Schlimmste.

www.facebook.com/oegb.mig

»Ich dachte, drei Euro in der Stunde wär' normal«

Andrei und Bogdan Oancea, 25 und 20 Jahre alt, kommen aus Axente Sever, einem kleinen Dorf bei Sibiu in Rumänien. Die Brüder haben sich das erste Mal in ihrem Leben getrennt, als Andrei, der Ältere, im Jahr 2011 nach Österreich kam, um als Erntehelfer zu arbeiten. Zwei Jahre später folgte ihm Bogdan. Bis Oktober 2014 arbeiteten sie bei dem Obst- und Gemüsebauern Strasser in Tirol. Sie wurden massiv ausgebeutet und unterbezahlt. Über einen Sezonieri-Folder haben sie von ihren Rechten erfahren – und sich entschlossen, diese einzufordern. Die Produktionsgewerkschaft konnte innerhalb der Sezonieri-Kampagne über das Arbeits- und Sozialgericht einen Teil ihrer ausstehenden Ansprüche geltend machen und damit in Österreich ein Exempel statuieren. Heute sind sie selbst in der Sezonieri-Kampagne aktiv. Ein Gespräch mit **Sónia Melo**

Welche Arbeiten habt ihr verrichtet und wie sahen die Arbeitsbedingungen aus?

Andrei Oancea: Wir haben alles Mögliche gemacht. Von 6 Uhr morgens bis 22 Uhr haben wir gearbeitet, manchmal sogar bis um 1 oder 2 Uhr in der Früh. Am Vormittag haben wir beispielsweise Zwetschken gepflückt oder wir haben beim Schwager des Strasser-Bauern ausgeholfen, am Schotthof im Nachbardorf Thaur [Schotthof

heißt der Betrieb von Josef Norz, dem größten Gemüsebauern Tirols, bei dem im Oktober 2013 rund siebzig Erntehelfer_innen die Arbeit niedergelegt haben; s. Interview Seite 13]. Dort haben wir Radieschen, Salat und Kohl geerntet, wir waren sehr oft dort. Wir haben außerdem im Wald Bäume geschnitten, Holz gehackt, Zäune gebaut – davon haben wir Videos gemacht. Außerdem haben wir im Haushalt geholfen,

im Gasthaus vom Chef gekocht und abgewaschen. Wir haben dort wirklich alles gemacht.

Bogdan Oancea: Ich habe die meiste Zeit entweder im Privathaushalt oder im Restaurant der Arbeitgeber_innen gearbeitet, nur selten am Feld. Ich machte den Haushalt – bügeln, waschen, kochen, auf ihr Kind aufpassen ... Das Kind nannte mich irgendwann »Papa«, weil ich immer mit ihm spielte, ihm Essen gab, es ins Bett brachte. Die Chefin, Verena Norz-Strasser, war dabei nicht nett, sie schimpfte ununterbrochen mit mir: »Schnell schnell«, hat sie immer geschrien.

Andrei Oancea: Ihr Gasthof heißt Bogner und liegt direkt neben dem Bauernhof. Wenn ich am Nachmittag vom Feld kam, musste ich direkt ins Gasthaus gehen, in die Küche, ohne davor duschen zu dürfen. Dort haben wir gekocht, abgewaschen und wir mussten bis zum Schluss bleiben, die Küche putzen, bis 1 oder 2 Uhr nachts. Am nächsten Tag mussten wir wieder um 6 Uhr aufstehen. Wir haben zirka 300 Stunden monatlich gearbeitet und 660 Euro verdient. Jeden Freitag mussten wir dem Chef 50 Euro für die

Verpflegung geben, also 200 Euro im Monat von unserem Lohn. Von Juni bis September 2014 hat er uns sogar 30 Euro für den Strom vom Monatslohn abgezogen – das war in den letzten Monaten, bevor wir zur Gewerkschaft gegangen sind. Es gab im Haus eine Waschma-

Die Chefin schimpfte ununterbrochen mit mir: »Schnell schnell«, hat sie immer geschrien

schine mit einem Münzgerät, dort mussten wir 0,50 Euro für einen Waschvorgang einwerfen. Wenn du am Feld und in einem Gasthaus arbeitest, bist du ständig dreckig, tagtäglich brauchst du frische Klamotten, wenn nicht sogar zweimal am Tag. Wir haben deshalb viel Geld für die Waschmaschine ausgegeben.

Bogdan Oancea: Ja, es gab Abzüge für alles! Auch wenn die Zwetschken von den Abnehmer_innen zurückkamen, weil sie rasch geschimmelt waren,

mussten wir dafür bezahlen, denn laut Chef hatten wir die Zwetschken schlecht eingepackt und deshalb schimmelten sie.

Wie viel habt ihr monatlich für wie viele Stunden tatsächlich verdient?

Andrei Oancea: Wir haben 11 bis 15 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche, also zirka 300 Stunden im Monat gearbeitet; es war nicht jeden Monat gleich, außer dass wir nur einen Sonntag frei hatten. Unser Monatslohn betrug 660 Euro, manchmal 50 oder sogar 100 Euro mehr, wenn der Akkordlohn gut war. Umgerechnet also rund 3 Euro pro Stunde bis zu 3,80 im Akkord. Aber 660 Euro minus 110 Euro für das Zimmer, 200 für Essen und dazu noch das Geld für die Waschmaschine und Strom ... zirka 300 bis 400 Euro sind übrig geblieben. Wir haben nie Weihnachts- oder Urlaubsgeld bekommen, auch keine Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit. Wir wussten auch nicht, dass uns diese Sonderzahlungen und Zuschläge zustehen. Wir dachten, dass ein Stundenlohn von 3 Euro normal wäre.

Wart ihr die einzigen oder hatte der Betrieb mehr Beschäftigte?

Andrei Oancea: Als ich 2011 angefangen habe, waren insgesamt zehn Arbeiter_innen dort tätig, von Mai bis September, zwei davon Frauen. Von 2012 bis 2014 waren wir acht, im Hochsommer neun.

Wo habt ihr alle gewohnt?

Bogdan Oancea: Wir haben alle beim Bauern im Haus gewohnt. Andrei und ich hatten ein eigenes Zimmer im Erdgeschoss, 16 Quadratmeter mit einem eigenen Bad, und die anderen in einer Mansarde, ebenso im Haus. Jedem von uns wurden für die Unterkunft monatlich 110 Euro vom Monatslohn abgezogen.

Gab es in der Zeit, in der ihr bei diesem Bauern angestellt wart, Arbeitsinspektionen oder andere Kontrollen?

Andrei Oancea: In den drei Jahren, in denen ich dort gearbeitet habe, gab es nie eine Kontrolle der Land- und Forstinspektion. Nur Hygienekontrollen wurden ab und an durchgeführt, aber der Bauer hat im Voraus bereits gewusst, wann

die Kontrollen stattfinden, und wir wurden beauftragt, einen Tag davor Lager und Bauernhof ordentlich zu reinigen.

Bogdan Oancea: Außerdem lagen nicht alle Felder von Strasser in Absam neben dem Hof. Zwei davon waren ein paar Kilometer entfernt, und auf diesen Feldern waren keine Toiletten vorhanden. Hände waschen zum Beispiel war dort nicht möglich. Doch dorthin haben die Kontrolleur_innen nie den Weg gemacht ...

Wie hat die Abrechnung funktioniert? Habt ihr Lohnzettel unterschrieben, diese auch bekommen, ist die Auszahlung in bar oder durch Überweisung erfolgt?

Andrei Oancea: Wenn wir danach fragten, hat es seitens des Bauern immer geheißen: »Es gibt keine Lohnzettel«. Das war von Anfang an so. Wir mussten weiße Zettel oder einen mit der Hand verdeckten Textteil unterschreiben und sollten gar nicht fragen warum. Anfangs fragten wir doch, aber er schimpfte mit uns, bis wir es irgendwann nicht mehr taten und dann sind die Blankounterschriften »Routine« geworden, das war »normal«.

Wie kam es dazu, dass ihr euch an die Gewerkschaft gewendet und um rechtliche Unterstützung gefragt habt?

Andrei Oancea: Wir haben einen Sezoniari-Folder auf Rumänisch von einer Nachbarin in die Hand gedrückt bekommen. Im Folder standen unsere Rechte,

Der Chef wollte, dass wir unterschreiben, dass er keine Schulden bei uns hätte; aber wir gingen zur Gewerkschaft

Mindestlohn etc. Wir haben die Gewerkschaft kontaktiert, also die PRO-GE, und von der Bezahlung und von den Arbeitsbedingungen erzählt, aber weiter gearbeitet. Eine Woche später hat der Chef das Arbeitsverhältnis beendet. Er sagte, er braucht uns nicht mehr, und wir sollten einen Zettel unterschreiben, auf dem stand, dass wir alles bekommen hätten und er keine Schulden mehr bei uns hätte.

Wir haben diesen Zettel nicht unterschrieben und gingen zur Gewerkschaft. Dann fing alles an. Im Nachhinein haben wir erfahren, dass er uns einen Tag, nachdem die Gewerkschaft die

Auch Kolleg_innen haben uns motiviert, weiter für unsere Rechte zu kämpfen

Meldung bei der Tiroler Gebietskrankenkasse machte, abgemeldet hat. Irgendwie hat er wohl über die Gebietskrankenkasse von der Meldung erfahren und wollte uns los werden. Das war Mitte Oktober 2014.

... was passierte, als ihr den Job nicht mehr hattet?

Bogdan Oancea: Dann hat die PRO-GE über den Sekretär Bernhard Höfler für uns eine Wohnung gesucht, uns über den Rechtsschutzsekretär der PRO-GE Tirol Xaver Zeilinger Geld geliehen für die Kautions, und sie haben eine Arbeit für uns gefunden – und den Bauern

verklagt. Die Gewerkschaft hat den Bauern zuerst angeschrieben mit der Aufforderung, den offenen Rückständen von über 50.000 Euro nachzukommen, was er aber nicht getan hat. Und deshalb sind wir vor Gericht gegangen.

Andrei Oancea: Bis Jänner dieses Jahres, 2016, nach drei Gerichtsverhandlungen, haben wir uns auf zirka 12.000 Euro netto geeinigt [beide Parteien haben sich auf die »Freiwillige Abfertigung des Arbeitgebers« geeinigt]. Die Gewerkschaft erklärte uns, wir könnten uns durchaus weiter auf einen Prozess einlassen, aber wir wollten nicht mehr vor Gericht gehen. Das war sehr mühsam, wir mussten uns immer frei nehmen von unserem jetzigen Job und den Bauern sehen, das wollten wir nicht mehr.

Wo lebt und arbeitet ihr jetzt? Wie geht es euch?

Andrei Oancea: Wir leben in Rum, unweit von Thaur und Absam, wo wir in der Erntearbeit tätig waren und arbeiten jetzt in einer Firma in Stubai, die Autoteile produziert. Wir sind sehr zufrieden. Die Chefs sind sehr nett, sie wissen auch



»WAS DU ALS ERNTEHELFER IN WISSEN SOLLTEST!« THAUR (ÖSTERREICH), SOMMER 2016: Die ehemaligen Erntehelfer Andrei und Bogdan Oancea sind in der Sezonieri-Kampagne aktiv. Mit den Foldern der Kampagne kehren sie auf die Felder zurück, auf denen sie selbst jahrelang ausgebeutet wurden, um Kolleg_innen über ihre Rechte zu informieren. Foto: Sónia Melo

von den Gerichtsverhandlungen und haben uns immer dafür frei gegeben. Auch die Kolleg_innen haben uns dabei immer motiviert, weiter für unsere Rechte zu kämpfen.

Bogdan Oancea: Wir arbeiten dort von Montag bis Freitag, haben eine geregelte Arbeitszeit und verdienen das, was der Dienstvertrag vorschreibt, zirka 8 Euro in der Stunde. Es passt alles. Wir bekommen unsere Lohnzettel, wo alles richtig draufsteht. Der Lohn wird immer am gleichen Tag monatlich auf unser Konto überwiesen. Und wenn wir Überstunden leisten, dann werden uns die ausbezahlt. Jetzt ist alles in Ordnung.

Wie blickt ihr heute auf eure Entscheidung zurück, euch zu wehren und für eure Rechte zu kämpfen?

Andrei Oancea: Wir haben einige Kolleg_innen aus Rumänien, die in Tirol als Erntehelfer_innen arbeiten, und ihnen geht es weiterhin schlecht, so wie es uns damals ging. Wir sagen ihnen manchmal, sie sollen zur Gewerkschaft gehen, aber sie wollen nichts davon wissen. Sie brauchen eine Arbeit und trauen

sich nicht einmal, sich über ihre Rechte zu informieren.

Bogdan Oancea: Ja, es ist schwierig, wenn man auf das Geld angewiesen ist. Da überlegt man sich zwei oder drei Mal, bevor man für die eigenen Rechte kämpft. Aber in unserem Fall ist alles gut gegangen. Wir wohnen jetzt in Rum, und aus unserem Fenster im Wohnzimmer blicken wir auf die Thaurer Felder. An Tagen, an denen es viel regnet und wir an die Zeit zurück denken, wo wir den ganzen Tag unter Regen am Feld arbeiteten, da fällt uns richtig auf, wie unglaublich unterbezahlt die Arbeit war und wie gut es uns jetzt geht.

Arbeiten ohne Papiere ... aber nicht ohne Rechte!

Seit 2014 bietet die »Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender« (UNDOK) Beratung und Unterstützung für Migrant_innen in prekären Aufenthaltssituationen und ohne regulären Arbeitsmarktzugang. UNDOK fordert gleiche Rechte für alle Arbeitnehmer_innen und Zugang zum Arbeitsmarkt für alle, die rechtmäßig in Österreich leben. Denn die Diskriminierung beim Zugang zum Arbeitsmarkt führt zur Überausbeutung von undokumentierten Kolleg_innen und in Folge auch zu einer Schwächung der Position aller Arbeitnehmer_innen. Lohndumping und Sozialbetrug betreiben schließlich nicht Arbeitnehmer_innen, sondern Arbeitgeber_innen. Von **Sandra Stern**

Frau C. steht im Büro der UN-DOK-Anlaufstelle und strahlt übers ganze Gesicht. Heute hat sie ihren Lohn von der Post geholt, den ihr Arbeitgeber ihr seit Monaten schuldig geblieben war. Dass sie ihr Geld tatsächlich erhalten würde, konnte sich Frau C. nur schwer vorstellen, da sie ohne Arbeitserlaubnis gearbeitet hatte. Frau C. kam aus Kroatien nach Österreich und wusste nicht, dass für sie als kroatische Staatsangehörige eine Übergangsfrist gilt, die ihren Arbeitsmarktzugang bis spä-

testens 2020 einschränkt. Sie arbeitete in der Gastronomie ohne korrekte Anmeldung durch den damaligen Arbeitgeber. Frau C. arbeitete über sechs Wochen ohne einen einzigen freien Tag. Sie forderte ihren ausstehenden Lohn mehrmals ein, doch der Arbeitgeber wich ihr aus. Nach einiger Zeit beschuldigte er sie, nicht gearbeitet zu haben und beendete das Arbeitsverhältnis ohne Einhaltung der Kündigungsfrist. Frau C. wandte sich an die UNDOK-Anlaufstelle, die sie dabei unterstützte, ihre

arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche einzufordern – und das mit Erfolg. Da das Unternehmen in der Zwischenzeit in Konkurs gegangen war, erhielt Frau C. den ausstehenden Lohn, Sonderzahlungen, Urlaubersatzleistung sowie eine Kündi-

Undokumen- tierte Arbeit ist schlecht bezahlt, gefährlich – und hat System

gungentschädigung aus dem Insolvenzentgeltfonds. »Today is a good day. I am very happy.« sagte Frau C. sichtlich erleichtert, bevor sie sich verabschiedete.

Undokumentierte Arbeit hat System

Ob beim Putzen, Kinderbetreuen oder als Pflegekraft in einem privaten Haushalt, als Erntehelfer_in in der Landwirtschaft, in der Sexarbeit, auf einer Baustelle oder in der Gastronomie: Undokumentierte Arbeit ist nicht nur unsicher, schlecht bezahlt und gefährlich. Undo-

kumentierte Arbeit hat System. Aktuell gibt es in Österreich 28 verschiedene Aufenthaltsberechtigungen, die den regulären Zugang zum Arbeitsmarkt für Migrant_innen beschränken oder gänzlich verschließen. Ein Umstand, der Migrant_innen in informelle Sektoren und Scheinselbstständigkeit drängt. Am Beispiel von Asylsuchenden werden die Auswirkungen dieses Systems besonders deutlich. Asylwerber_innen dürften zwar gemäß Ausländerbeschäftigungsgesetz nach drei Monaten im zugelassenen Asylverfahren arbeiten. Allerdings schränkt der sogenannte »Bartenstein-Erlass« des Sozialministeriums aus dem Jahr 2004 die Arbeitsmöglichkeiten von Asylwerber_innen auf Saisonarbeit in der Landwirtschaft und im Tourismus ein. Außerdem müssen Arbeitgeber_innen beim AMS (Arbeitsmarktservice) zusätzlich eine Beschäftigungsbewilligung für diese Arbeitnehmer_innen beantragen. Und da für die Saisonarbeit zudem jährliche Kontingente verhandelt werden, ist die Chance für Asylwerber_innen, hier überhaupt Arbeit zu finden, gleich null. Asylwerber_innen bleiben häufig nur



»FLÜCHTLINGE WILLKOMMEN!« WIEN (ÖSTERREICH), 3. 10. 2015: Großdemonstration »für eine menschliche Asylpolitik«. 100.000 Menschen gehen auf die Straße, um gegen die vorherrschende rassistische Asylpolitik zu demonstrieren. Aus dem Aufruf zur Demo: »Nein zur Festung Europa, die Grenzen öffnen und das Massensterben im Mittelmeer beenden! Bleiberecht für alle!« Foto: Daniela Koweindl

die selbstständige Arbeit oder gemeinnützige Tätigkeiten. Beide Bereiche sind jedoch von Kollektivverträgen ausgenommen und werden daher in der Regel äußerst schlecht bezahlt. Mittlerweile fordern auch Gewerkschaften zusammen mit Arbeitgeber_innenvertreter_innen den Arbeitsmarktzugang für Asylwerber_innen nach sechs

In privaten Haushalten sind Stundenlöhne von einem Euro keine Ausnahme

Monaten. Und trotz zahlreicher Proteste von Asylsuchenden sowie NGOs und obwohl das De-facto-Arbeitsverbot von zahlreichen Expert_innen als rechtswidrig eingestuft wird, gilt dieses nach wie vor und drängt Asylsuchende in informelle Sektoren des Arbeitsmarkts. Das macht sie gegenüber Arbeitgeber_innen leichter erpressbar und ausbeutbar. Das zeigt auch der Fall von Herrn O. Er flüchtete aus Pakistan nach Österreich und

befindet sich hier seit drei Jahren im Asylverfahren. Da er als Asylwerber jedoch nur in der Saisonarbeit unselbstständig tätig sein darf, musste er (schein-)selbstständig tätig werden, um sich erhalten zu können. Er arbeitete als Zeitungszusteller in Wien. Für das Auf- und Abhängen der Wochenendzeitungen war ein Stundenlohn von 4,70 Euro mit seinem Arbeitgeber vereinbart. Doch der hielt sich nicht an die Abmachung. Immer wieder wies Herr O. seinen Arbeitgeber auf den ausstehenden Lohn hin. Doch der zahlte nicht.

Alle Arbeitnehmer_innen haben Rechte

Vorenthaltene Löhne sind das häufigste Problem, das Arbeitnehmer_innen haben, die Kontakt zur UNDOK-Anlaufstelle suchen. Ein weiteres typisches Merkmal undokumentierter Arbeit sind extrem lange Arbeitszeiten: Zehn bis zwölf Stunden am Tag, und das sechs bis sieben Tage die Woche, sind weit verbreitet. Undokumentierte Arbeitnehmer_innen erhalten in der Regel extrem niedrige Stundenlöhne, die weit unter dem jeweiligen Kollektivvertrag liegen.

In Privathaushalten etwa sind Stundenlöhne von nur einem Euro keine Ausnahme. Aber auch Lohnbetrug, das Nicht-Einhalten von Schutzstandards, Kündigung im Fall von Krankheit, Unfall oder fortgeschrittenem Alter sowie körperliche und sexuelle Übergriffe sind hier immer wieder anzutreffen.

Doch unabhängig davon, ob man mit oder ohne Papiere arbeitet: Sozialversicherungsgesetze, Arbeitsrecht und kollektivvertragliche Mindeststandards gelten für alle Arbeitnehmer_innen.

Recht haben und Recht bekommen

Arbeitnehmer_innen brauchen daher unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus Informationen über ihre Rechte, Beratung sowie Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche. An dieser Stelle setzt die UNDOK-Anlaufstelle an, die im Juni 2014 in den Räumlichkeiten des ÖGB eröffnet wurde. Mittlerweile haben sich knapp 300 undokumentiert Arbeitende, darunter auch Asylsuchende, an die UNDOK-Anlaufstelle gewandt. Zwei Berater_innen informieren sie kostenlos, anonym und in

mehreren Sprachen über ihre Rechte und unterstützen sie dabei, ihre arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche gegenüber ihren Arbeitgeber_innen einzufordern und nötigenfalls auch vor Gericht durchzusetzen. Denn Letzteres ist für Arbeitnehmer_innen ohne regulären Arbeitsmarktzugang nicht einfach: Erstens, Arbeitgeber_innen melden Migrant_innen ohne regulären Arbeitsmarktzugang in der Regel weder bei der Sozialversicherung an, noch beantragen sie eine Beschäftigungsbewilligung für sie. Undokumentiert Arbeitende müssen daher nachweisen, dass sie gearbeitet haben. Zweitens, viele undokumentiert Arbeitende befinden sich in einer prekären Situation, die eine Durchsetzung ihrer arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche zu einem aufenthaltsrechtlichen Risiko machen kann. Bei Asylwerber_innen im laufenden Verfahren, wie im Fall von Herrn O., besteht jedoch kein solches Risiko. Die UNDOK-Anlaufstelle machte die Ansprüche von Herrn O. gegenüber dessen Arbeitgeber geltend. Eine Woche später lenkte der Arbeitgeber ein. In der Zwischenzeit hat Herr O. seinen ausstehenden Lohn erhalten.

Organisiert gegen Ausbeutung

Mit dem Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz existiert in Österreich zwar ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung ausbeuterischer Praktiken von Unternehmen und Arbeitgeber_innen. Ergänzend dazu ist jedoch die direkte Unterstützung der undokumentiert arbeitenden Kolleg_innen notwendig, denn sie befinden sich in rechtlich komplexen Situationen. Der UNDOK-Verband, Trägerverein der UNDOK-Anlaufstelle, bietet neben Beratung und Begleitung Workshops für undokumentiert Arbeitende sowie für Multiplikator_innen an. Dabei wird das notwendige Basiswissen über die eigenen Rechte und deren Durchsetzungsmöglichkeiten vermittelt – die wichtigste Voraussetzung, um sich gegen Ausbeutung zur Wehr setzen zu können. Damit soll auch die (Selbst-)Organisation von undokumentiert Arbeitenden unterstützt werden. Die UNDOK-Anlaufstelle betreibt darüber hinaus aufsuchende Arbeit, um undokumentiert Arbeitende zu erreichen, und fördert die Vernetzung zwischen Akteur_innen an der Schnittstelle von

undokumentiert Arbeitenden, Gewerkschaften, Arbeiterkammern, NGOs aus dem fremden- und asylrechtlichen Bereich und antirassistischen Aktivist_innen. So unterstützt die UNDOK-Anlaufstelle auch die Sezoni-ri-Kampagne für die Rechte von Erntehelfer_innen in Österreich. Denn die Diskriminierung von undokumentiert Arbeitenden ist kein Einzelfall, sondern stellt eine systematische Ausbeutung dar, gegen die es kollektive Anstrengungen braucht – im Sinne aller Arbeitnehmer_innen.

Sandra Stern arbeitet für die UNDOK-Anlaufstelle und ist für Öffentlichkeitsarbeit, Workshops und Vernetzung zuständig. Sie ist auch in der gewerkschaftlichen Erwachsenenbildung tätig.

www.undok.at

Rechtsbroschüre zum Download: »Arbeit ohne Papiere ... aber nicht ohne Rechte!«

FAQ Arbeitsmarktzugang für Asylwerber_innen: www.arbeitsmarktzugang.prekaer.at

Dieser Text erschien zuerst in asyl aktuell (1/2015) und wurde für diese Broschüre gekürzt und aktualisiert.

Für eine radikale Demokratisierung des Agrar- und Lebensmittelsystems

Die Bewegung für Ernährungssouveränität kämpft dafür, dass Ernährung nicht nur gesichert ist, sondern ihre Produktion, ihre Verteilung, ihre Zubereitung und ihr Konsum radikal demokratisiert werden. Dazu gehört auch, dass Arbeitsrechtsverletzungen passé sind. Brigitte Reisenberger über ein solidarisches Agrarsystem und das unverteilbare Recht auf Nahrung

Europa ist der weltweit größte Nahrungsmittelexporteur. Ein zweifelhafter »Erfolg«, denn er begründet sich auf einem auf Ausbeutung basierenden Landwirtschaftsmodell, das möglichst billig Nahrungsmittel produzieren will. Dieses zunehmend intensiviert und industrialisierte Agrarmodell wird über alltägliche landwirtschaftliche Praxis, Konsum, über Unternehmen, über Handels- und Wirtschaftspolitik abgesichert. Im Rahmen der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) wird es aktiv durch öffentliche Gelder gefördert – unter anderem durch flächenbezogene

Subventionen. Der unhinterfragte »Strukturwandel« in der Landwirtschaft mit seiner Hinwendung zur Agrarindustrie hat zu einer weitreichenden Zerstörung kleinbäuerlicher Existenzen und einem Umbruch der Arbeitsverhältnisse geführt. Der Konkurrenz- und Preisdruck ist ein wesentlicher Grund, warum viele Bäuer_innen mit schlechten Arbeitsbedingungen und wachsender sozialer Unsicherheit, Verschuldung und hoher Arbeitsbelastung konfrontiert sind. Dieser Druck wird an die lohnabhängigen Arbeitskräfte weitergegeben: Die Arbeitsbedingungen in der Produktion



»WIR HABEN ES SATT!« WIEN (ÖSTERREICH), 26. 1. 2015: Aus Anlass der Wintertagung des Ökosozialen Forums demonstriert die Plattform »Wir haben es satt« für eine »längst fällige Kehrtwende der österreichischen Agrarpolitik« und gegen deren Wachstums- und Exportorientierung. »Wir haben es satt« besteht aus Umwelt-, EZA- und bäuerlichen Organisationen und sozialen Bewegungen. Zu ihren Forderungen gehören eine zukunftsfähige, bäuerliche Landwirtschaft, Zugang zu Land für alle, Erhalt der Saatgutvielfalt, ein Recht auf Nahrung und faire Arbeitsbedingungen für (migrantische) Arbeiter_innen. Foto: FIAN

und der Verteilung von Nahrungsmitteln – am Hof, in der Verarbeitung, im Einzelhandel – werden zunehmend prekärer. Niedrigstlöhne, gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen und eine laufende Unterwanderung und Verwehrung von grundlegenden Menschen- und Arbeitsrechten sind Teil des dominanten Ernährungs- und Agrarsystems.

Solidarische Produktionsketten

Ein Agrar- und Lebensmittelsystem, das auf Konkurrenz, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet ist, zerstört (klein)bäuerliche Existenzen – über Grenzen hinweg. Die Hintergründe und Ursachen von Migration sind oftmals eng verwoben mit den Auswirkungen des Agrar- und Lebensmittelsystems. Österreichische Agrarkonzerne eignen sich beispielsweise in Rumänien Land für auf den Export ausgerichtete Monokulturen an und treiben Kleinbäuer_innen an die äußersten Ränder des Markts. Seit der Jahrtausendwende hat sich der Bodenpreis in Rumänien verdreifacht. Paradoxerweise ist Rumänien sehr abhängig von

Lebensmittelimporten – 70 % stammen aus dem Ausland. Ohne Perspektiven im ländlichen Raum und mit der Hoffnung, der Armutsspirale zu entkommen, finden die Bäuer_innen sich nicht selten als Landarbeiter_innen in Ländern wie Österreich wieder, wo sie unter

Österreichische Agrarkonzerne eignen sich in Rumänien Land für Monokulturen an, die auf den Export ausgerichtet sind

teils unzumutbaren Bedingungen arbeiten und ihnen ihre grundlegenden sozialen Rechte und Arbeitsrechte vorenthalten werden.

Es muss sich noch viel ändern, damit ein solidarisches und menschenwürdiges, selbstbestimmtes Zusammenleben von allen im Landwirtschafts- und Ernährungssystem arbeitenden Menschen – den Kleinbäuer_in-

nen, den Landarbeiter_innen, den Verkäufer_innen usw. – möglichst ist. Dazu braucht es nichts weniger als eine radikale Demokratisierung des Agrar- und Lebensmittelsystems. Die Bewegung für Ernährungssouveränität setzt sich für das Recht aller Menschen ein, über

Über die Art und Weise, wie Essen produziert, verteilt und konsumiert wird, muss demokratisch bestimmt werden

die Art und Weise, wie Essen produziert, verteilt und konsumiert wird, demokratisch zu bestimmen. Ernährungssouveränität fragt nach den Machtverhältnissen, in die unser Lebensmittelsystem eingebettet ist. Wer das Essen macht, hat nicht unbedingt die Macht. Die liegt viel mehr bei politischen Repräsentant_innen, agrarindustriellen Interessensgruppen und Lobbys (in Österreich oft als Teil

der mächtigen »Dreifaltigkeit« von Raiffeisen, Landwirtschaftskammer und Bauernbund) – und beim Lebensmitteleinzelhandel. Die Marktkonzentration im österreichischen Handel ist eine der höchsten in Europa; die Top 3 Unternehmen vereinen zusammen fast 80 Prozent der Marktanteile auf sich. Was in den Regalen landet, wird also von ihnen bestimmt.

Die Bewegung für Ernährungssouveränität setzt sich für ein Ernährungs- und Agrarsystem ein, das es nicht »nötig« hat, Menschen auszubeuten – weder Bäuer_innen, Verarbeiter_innen, Verkäufer_innen noch Erntearbeiter_innen. Das bedeutet, die strukturellen Bedingungen und Ursachen zu verändern, die erst zu dieser Ausbeutung führen. Das Ziel ist, dass Menschen die Gestaltung ihres Lebensmittel- und Agrarsystems selbst in die Hand nehmen. Um Ernährungssouveränität umsetzen zu können, braucht es viele Menschen, die an vielen Orten auf den unterschiedlichen Ebenen ihrer Wirkungsräume viele kleine und große Dinge tun: von der Gründung einer Lebensmittelkooperative in Salzburg bis zum Lobbying für eine andere

europäische Agrarpolitik in Brüssel – das Praktische ist auch politisch.

Das Recht auf adäquate Nahrung

Ernährungssouveränität bedeutet, Bedingungen zu schaffen, die den Zugang zu ausreichenden, gesunden, sozial und ökologisch gerecht produzierten und kulturell angepassten Nahrungsmitteln ermöglichen. Um das zu erreichen, braucht es Allianzen zwischen allen im Nahrungsmittelsystem arbeitenden Menschen. Die Sezonieri-Kampagne, die direkt bei Arbeitskämpfen ansetzt, ist ein wichtiges Handlungsfeld für die Bewegung für Ernährungssouveränität und

bringt umgekehrt deren Anliegen in den Arbeitskontext der Gewerkschaft ein.

Die gemeinsame Perspektive ist ein Agrar- und Lebensmittelsystem, das auf dem Menschenrecht auf Nahrung und Ernährungssouveränität beruht. Nahrung ist keine Ware, sondern ein Recht für alle!

Brigitte Reisenberger arbeitet bei der Menschenrechtsorganisation FIAN und ist (auf österreichischer und europäischer Ebene) in der Bewegung für Ernährungssouveränität aktiv.

**www.ernaehrungssouveraenitaet.at
www.nyelenieurope.net**

IMPRESSUM: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft PRO-GE, Johann-Böhm-Platz 1, A-1020 Wien • **REDAKTION:** Lisa Bolyos (Koordination), Cordula Fötsch, Markus Griesser, Iris Hanebeck, Susi Haslinger, Karin Jović, Traudi Kotek, Daniela Koweindl (Koordination), Sónia Melo • **TEXTE:** Susi Haslinger, Brigitte Reisenberger, René Schindler, Sandra Stern • **INTERVIEWS:** Dieter A. Behr, Lisa Bolyos, Markus Griesser, Hans Hedrich, Daniela Koweindl, Sónia Melo, Tobias Zortea • **TRANSKRIPTION:** Lisa Bolyos, Cordula Fötsch, Markus Griesser, Iris Hanebeck, Hans Hedrich, Traudi Kotek, Daniela Koweindl, Sónia Melo, Tobias Zortea • **LEKTORAT & KORREKTORAT:** Lisa Bolyos, Cordula Fötsch, Markus Griesser, Traudi Kotek, Daniela Koweindl • **ÜBERSETZUNG & DOLMETSCH:** Lisa Bolyos (Interview S. 62), Hans Hedrich (Interview S. 20), Daniela Koweindl (Interview S. 55), Alina Stocker (Interview S. 76), Sergiu Zorger (Interview S. 13), Tobias Zortea (Interview S. 35 und S. 55) • **FOTOS:** Lisa Bolyos, Karl-Friedrich Brenning, Comitato Lavoratori delle Campagne, Faire Mobilität, FIAN, Interregionaler Gewerkschaftsrat, Daniela Koweindl, l'autre syndicat, Daniel Liebl, Sónia Melo, Evelina Saduikyte • **GRAFIK & ILLUSTRATION:** Lisa Bolyos • **DANKE AN:** Sara Curci, Assimina Gouma • **GEDRUCKT BEI:** Remaprint, 1160 Wien

ISBN: 978-3-200-04799-0

Wien, Oktober 2016

Diese Publikation gibt es auch in rumänischer und englischer Sprache. / This publication is also available in Romanian and English. / Această publicație este disponibilă și în limba română și engleză // Bestellungen unter / order at / comenzi la:

SEZIONIERI@GMX.AT

GEFÖRDERT VON: Europäisches Bürger_innenforum, Prekär Café, Sonderprojekt der Österreichischen HochschülerInnenschaft an der Universität Wien, Sonderprojekt der Österreichischen HochschülerInnenschaft Bundesvertretung, Produktionsgewerkschaft (PRO-GE). Danke an Einzelunterstützer_innen!



www.sezonieri.at

www.facebook.com/sezonieri

Die Sezonieri-Kampagne für die Rechte von Erntehelfer_innen in Österreich ist eine gemeinsame Initiative von PRO-GE – die Produktionsgewerkschaft im Österreichischen Gewerkschaftsbund; Nyéléni – Bewegung für Ernährungssouveränität; UNDOK – Verband zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender; MEN-VIA – Unterstützung für männliche Betroffene von Menschenhandel; LEFÖ – Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen; unabhängige Aktivist_innen

www.forumcivique.org

Das Europäische BürgerInnenforum (EBF) ist ein solidarisches internationales Netzwerk, das Selbstorganisation durch die Vernetzung emanzipatorischer Initiativen fördert und durch direkte Interventionen soziale Missstände aufzeigt. Unter anderem ist das EBF seit vielen Jahren in einer Solidaritätskampagne mit der südspanischen Landarbeiter_innengewerkschaft SOC-SAT aktiv. Publikationen zum Thema: »Anatomie eines Pogroms – z.B. El Ejido« (2000), »Le goût amer de nos fruits et légumes« (2001), »Bittere Ernte. Die moderne Sklaverei in der industriellen Landwirtschaft Europas« (2004), »Peripherie & Plastikmeer. Globale Landwirtschaft - Migration - Widerstand« (mit NoLager Bremen, 2008), »Orangen fallen nicht vom Himmel. Der Sklavenaufstand in Rosarno« (Jean Duflot, 2011). Bestellbar auf der Website.

WILLKOMMEN BEI DER SEZONIERI-KAMPAGNE! DEIN BEITRAG KÖNNTE SEIN ...

Willst Du in der Sezonieri-Kampagne aktiv werden? Feldaktionen mitmachen, eine Infotour oder Diskussionsveranstaltungen organisieren, gewerkschaftliche Arbeit kennenlernen, Agrarpolitik diskutieren, Supermarktaktionen machen und so weiter? Einfach melden!

Wir haben regelmäßig Treffen, bei denen wir aktuelle Themen, konkrete Fälle und nächste Aktivitäten der Kampagne besprechen. Auch rechtliche Einschulung bieten wir an.

www.sezonieri.at

www.facebook.com/sezonieri

Kontaktiere uns unter: sezonieri@gmx.at